

Friedrich Naumann  
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT



[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

# FNF International News

AUSGABE 2 / 2010

Fokus Eigentumsrechte



## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde der Friedrich-Naumann-Stiftung für  
die Freiheit,

ein wirksamer Schutz von Eigentum ist eine der  
Grundbedingungen für die Freiheit des Einzelnen und  
wirtschaftlichen Wohlstand. Das Vorhandensein von  
Eigentumsrechten ist damit Voraussetzung für eine  
funktionierende Marktwirtschaft.

Für Transformations- und Entwicklungsländer ist es  
überaus wichtig, ihre institutionellen Rahmenbedin-  
gungen für den Schutz individueller Eigentumsrechte  
zu stärken, um damit die Weichen für eine dynami-  
sche Wohlstandsentwicklung zu stellen. Dies veran-  
schaulicht deutlich der neue *International Property  
Rights Index 2010*: Diejenigen Länder, die in den ver-  
gangenen Jahren Rückschläge den Eigentumsschutz  
vernachlässigten, verschlechterten ihre Chancen für  
Wachstum und die Überwindung der Wirtschaftskrise.

In dieser 2. Ausgabe der FNF International News 2010  
berichten Auslandsmitarbeiter der FNF über den  
Schutz materiellen und geistigen Eigentums in ihren  
Projektregionen und -ländern und analysieren die da-  
mit verbundenen Auswirkungen auf die jeweilige Be-  
völkerung und Wirtschaft.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ulrich Niemann  
Bereichsleiter Internationale Politik

## Inhalt

### Fokus Eigentumsrechte

EIGENTUM—Eine kurze Begriffs- erörterung in fünf Schritten	S. 3
Eigentumsrechte in Slowenien: Staatwirtschaft contra Markt- wirtschaft	S. 5
Das Geschäft mit der Kopie— Gefahr und Bekämpfung von Markenpiraterie in Europa	S. 8
Was Verletzung von Urheberrech- ten wirklich bedeutet—Vom Recht auf intellektuelles Eigentum in Ghana	S. 11
Eigentumsrechte in Lateinamerika	S. 13
Land and Property Rights in Sri Lanka	S. 19
Eigentumsrechte in Südost- und Ostasien	S. 22
Ausgewählte Publikationen	S. 27



## EIGENTUM—Eine kurze Begriffserörterung in fünf Schritten

*Etwas muß er sein eigen nennen, / oder  
der Mensch wird morden und brennen.*  
Friedrich von Schiller

### I. Was ist Eigentum?



Eigentum bedeutet eine rechtlich verankerte Entscheidungshoheit über ein Gut. Dieses Gut kann sowohl materieller (zum Beispiel Land, Immobilie, natürliche Vorkommen, Fertiggüter) als auch immaterieller (zum Beispiel Ideen, Texte, Melodien, Erfindungen) Natur sein. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz: Eigentum bedeutet die

durch Recht anerkannte Zugehörigkeit eines bestimmten Gutes zum Eigentümer. Besitz dagegen beschreibt die tatsächliche Verfügungsgewalt über ein bestimmtes Gut. Der Eigentümer kann, aber muss nicht gleichzeitig der Besitzer eines Gutes sein. Der Besitzer verfügt rechtmäßig über ein Gut lediglich im Rahmen der vom Eigentümer vorgegebenen Möglichkeiten.

### II. Warum Eigentum?

Eigentum regelt den Zugang zu und die Kontrolle von Gütern in einer Gesellschaft. Eigentum ist damit einer der wichtigsten gesellschaftlichen Regelungsmechanismen, denn die zentralen Entscheidungen gesellschaftlichen Zusammenlebens kreisen um die Frage: Wie werden die vorhandenen Ressourcen verteilt? Güter sind in der Regel knapp und begehrt. Ist der Zugang zu ihnen nicht geregelt, kann grundsätzlich von einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung um ihre Nutzung ausgegangen werden. Das bedeutet, dass

jede Gesellschaft, die Konflikte vermeiden möchte, bestimmte Regelungsmechanismen entwickeln muss, um die Eigentumsverhältnisse festzulegen. Mit anderen Worten: Eine entwickelte Gesellschaft braucht Eigentumsverhältnisse *irgendeiner* Art.

### III. Welche Eigentumsregelungen?

Es gibt zwei Grundarten von Eigentumsregelungen: Gemeinschaftseigentum und Privateigentum. *Gemeinschaftseigentum* bedeutet, dass jedermann – oder zumindest jedes Mitglied der Gesellschaft – Zugang zu den Gütern hat (zum Beispiel Straßen, öffentliche Parks, Weideflächen). Das Ziel ist, einen fairen Zugang für alle zu gewährleisten und jeden davon abzuhalten, das Gut so zu nutzen, dass andere ausgeschlossen werden. *Privateigentum* steht für ein System in dem die Eigentumsregeln auf der Idee aufbauen, dass Individuen eine Entscheidungsinstanz über bestimmte umworbene Ressourcen rechtlich zugeordnet wird. Die Person, der ein bestimmtes Objekt zugeordnet wird, hat die Kontrolle über selbiges. Konkret bedeutet das, dass diese Person über ihr Objekt nicht als Bevollmächtigter einer Gesellschaft herrscht, sondern in eigener Verantwortung. Sie kann selbstständig über ihr Eigentum entscheiden: Sie kann es veräußern, beleihen, teilen, verschenken, verändern, beschädigen, zerstören und vieles mehr.

Privateigentum ist daher ein System individueller Entscheidungsfindung. Nichtsdestotrotz ist es auch ein System gesellschaftlicher Regeln. So muss ein Eigentümer seine Herrschaft über sein Eigentum nicht aus eigener Kraft verteidigen. Privateigentum ist rechtlich geschützt, die Behinderung der Ausübung des Privateigentums ist ein rechtliches Vergehen. Bei Rechtsbruch gelten damit die Sanktionsmechanismen der Gesellschaft. Das bedeutet auch, dass das System des Privateigentums einer kontinuierlichen Akzeptanz der Allgemeinheit bedarf, und zwar aus zwei wichtigen Gründen:

- 1) weil es Individuen befähigt Entscheidungen über knappe Güter zu fällen, die nicht notwendigerweise im Sinne anderer Menschen oder sogar des Gemeinwohls sind und
- 2) weil es der öffentlichen Mittel bedarf, um dieses System vor den Gegnern zu schützen.



Privateigentum ist also ein gesellschaftliches System der individuellen Entscheidungsregeln mit der Konsequenz, dass es Wechselwirkungen zwischen anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt. Der Schutz des Eigentums muss sich dann immer mit anderen gesellschaftlichen Rechtsgütern messen und abwägen lassen. Privat- und Gemeinschaftseigentum sind daher nicht ausschließlich Entweder-oder-Alternativen, sondern vielmehr zwei Pole mit einem Kontinuum dazwischen. Eigentümer verfügen nur bis zu einem bestimmten Grad über ihr Eigentum. Einschränkungen gelten vor allem dann, wenn es um die Gefährdung oder Rechtsverletzung Dritter geht. Das Interesse, das Recht auf Privateigentum möglichst unbegrenzt zu gewährleisten, muss daher mit anderen individuellen Rechten stets abgewogen werden. Der Grad der freien Verfügung kann von Fall zu Fall unterschiedlich sein.

#### IV. Warum ist Eigentum ein Freiheitsrecht?



Die Begründung des Eigentums als ein Freiheitsrecht geht auf den englischen Philosophen John Locke (1632-1704) zurück. Er bezeichnet Eigentum als insgesamt diejenigen vorstaatlichen Rechte, die jeder aus dem Naturzustand in den Staat mit einbringt. Eigentum steht dabei nicht nur für

Gegenstände, sondern für die Gesamtheit von Leben, körperlicher Unversehrtheit und Freiheit, also für all die unveräußerlichen Rechte, deren Verletzung bereits durch das Naturrecht untersagt ist.

Die Verwendung des Begriffs Eigentum für alles „Eigene“ hängt damit zusammen, dass Locke die rechtliche Freiheit als Eigentum an der eigenen Person begreift, nämlich als das Recht über sich selbst und über seine Fähigkeiten frei zu verfügen. Freiheit und Eigentum hängen also unmittelbar zusammen, sie bedingen sich. Jeder freie Mensch, der sich selbst gehört und nicht versklavt ist, ist somit *per se* auch Eigentümer. Das Eigentum an der eigenen Person – also nichts anderes als die Freiheit – wird bei Locke zu einer Quelle weiteren Eigentums. Da einem freien Men-

schen seine Fähigkeiten und Talente unmittelbar ihm selbst gehören, gehören auch die Früchte seiner Schaffenskraft ihm selbst. Das bedeutet: Die Freiheit an der eigenen Person schafft Eigentum, und nur derjenige, der über sich und das, was er produziert, bestimmen kann, ist frei. Das Eigentum zu schützen, bedeutet mithin nichts anderes als die persönliche Freiheit zu schützen. Ohne rechtlich verankerte Eigentumsrechte ist nicht sichergestellt, dass dem Individuum die Früchte seiner Arbeit zukommen. Eine liberale Gerechtigkeitslogik gebietet daher das Eigentum zu schützen, da dadurch die persönliche Autonomie gewährleistet wird.

Diese theoriegeleitete Argumentation lässt sich auch mit empirischen Daten untermauern. Studien belegen, dass gesicherte Eigentumsrechte eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren von Marktwirtschaften und damit für die Schaffung von Wohlstand sind. Der Internationale Index der Eigentumsrechte (IPRI) ist eine jährlich erhobene Vergleichsstudie, in der die Eigentumsordnungen weltweit untersucht werden. Die Ergebnisse belegen jedes Jahr, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Schutz privater Eigentumsrechte und wirtschaftlichem Wohlstand gibt. Für die Untersuchung des Eigentumsschutzes werden Indikatoren einbezogen, die die rechtliche und politische Lage beziffern, wie z.B. eine vertrauenswürdige Gerichtsbarkeit, politische Stabilität und wirksame Korruptionsbekämpfung. Es kann daher argumentiert werden, dass ein hoher Eigentumsschutz in der Regel auch in der Empirie einen hohen Standard bei Freiheitsrechten bedingt.

#### V. Welche Eigentumsfragen stellen sich heute und morgen?

##### *Geistiges Eigentum*

Zum Beispiel **Patentanmeldungen/Urheberrechte**: Sie können geistiges Eigentum schützen und damit ihren Wert steigern, verhindern aber möglicherweise weitergehende Forschung sowie Produktverbreitung und setzen den Eingriff in die Nutzungsrechte des Eigentums anderer voraus.

##### *Entwicklungspolitik*

Zum Beispiel **ungeklärte Eigentumsverhältnisse**: Sie verhindern, dass Arme ihr Eigentum als Sicherheit einsetzen können. Dadurch bekommen sie keine Kredite





zur Investition. Der wichtigste Weg der Kapitalbeschaffung ist ihnen verwehrt, ihr Eigentum bleibt „totes Kapital“.

#### *Umweltpolitik*

Zum Beispiel **Ausbeutung der eigenen Ressourcen**: Wie weit darf ein Staat über seine eigenen Ressourcen verfügen, wenn die Ausbeutung negative Folgen für andere Staaten hat? Umweltprobleme sind in ihrem Kern Nutzungskonflikte um knappe natürliche Ressourcen, die dadurch entstehen, dass Eigentumsrechte über Umweltgüter nicht existieren, nicht geschützt werden oder ihr Schutz extrem hohe Kosten verursacht.

#### *Finanzmarktpolitik*

Zum Beispiel **Bekämpfung der Finanzkrise**: Wie weit darf der Staat mit Hilfe von Steuermitteln eingreifen, wenn „systemrelevante“ Finanzinstitutionen am Zusammenbrechen sind? Umstritten sind dabei politische Entscheidungen über die Systemrelevanz von Finanzinstituten und die Frage der Verantwortlichkeit sowie der Haftung.

**Dr. Csilla Hatvany**, Referentin Liberales Institut, Potsdam; [Csilla.Hatvany@freiheit.org](mailto:Csilla.Hatvany@freiheit.org)

#### Bildnachweise:

S. 3: © Thorben Wengert/Pixelio

S. 4: Porträt von Sir Godfrey Kneller (1646–1723);

Quelle: wikipedia.org

## Eigentumsrechte in Slowenien: Staatwirtschaft kontra Marktwirtschaft



Unter allen postkommunistischen Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wurde Slowenien nach 1989 in Punkto Transformation als Musterschüler präsentiert. Diese Einschätzung war auch während der Beitrittsverhandlungen zur EU vorherrschend. Bei der Betrachtung der neuen EU-Länder wird die ökonomische und politische Stabilität des Landes auch heute immer wieder unterstrichen. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Besteht bezüglich der Eigentumsrechte, der Privatisierung und der Staatsquote tatsächlich eine bessere Situation als in den übrigen neuen EU-Ländern?

Als gut entwickelter Bundesstaat im ehemaligen Jugoslawien, wo im Vergleich zu den Staaten des Sowjetblocks bereits in den 60er Jahren marktwirtschaftliche Elemente eingeführt, Privatunternehmen zugelassen und den Bürgern Reisefreiheiten gewährt wurden, brachte Slowenien wesentlich günstigere Voraussetzungen für die Transformation nach 1989 mit als die übrigen ehemaligen Teilrepubliken. Tatsächlich blieben aber viele große Unternehmen, vor allem Banken und Versicherungen, in staatlicher Hand. Und wenn privatisiert wurde, dann oft zugunsten von Mitgliedern der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura.

Obwohl sich der Staat in Slowenien allmählich aus dem Wirtschaftssektor zurückzieht, ist er im Vergleich mit anderen EU-Beitrittsländern weiterhin als Unternehmer stark präsent. Der Anteil des Privatsektors an der Wirtschaftsleistung dürfte heute bei nur etwa zwei Dritteln des Bruttoinlandsprodukts liegen. Die



öffentliche Hand spielt in der Wirtschaft nach wie vor eine sehr wichtige Rolle: Über staatliche Beteiligungsfonds werden rd. 35 Prozent aller Aktiva kontrolliert, in 10 der 28 größten an der Börse in Ljubljana notierten Unternehmen besitzt der Staat eine Sperrminorität. Besonders deutlich ist die schleppende Neuordnung der Eigentumsverhältnisse im Bereich der Finanzinstitute, insbesondere bei Banken und Versicherungen.

Einen wichtigen Indikator für die ökonomische Freiheit eines Landes und damit die Bedeutung des Privateigentums innerhalb der Volkswirtschaft stellt der sogenannte „Internationale Index für Eigentumsrechte“ (*International Property Rights Index – IPRI*) dar. Der Index misst unter anderem die politische Stabilität, die Korruptionsanfälligkeit, aber auch die Unabhängigkeit der Justiz und der Rechtssprechung in dem jeweiligen Land. Besonders wichtig ist der Einfluss der Eigentumsrechte auf das Wachstum der Wirtschaft und den Wohlstand. Eine schlechte Platzierung des Landes in der internationalen Rangskala korreliert in der Regel mit schwach entwickelten Eigentumsrechten und mit Behinderungen beim freien Austausch von Waren und Dienstleistungen. Unter den 115 in IPRI erfassten Ländern belegt Slowenien erst Platz 52 und wird dabei von Estland, Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Litauen überholt. Hier zeigt sich, dass unter den neuen EU-Beitrittsländern Estland mittlerweile das Reformland Nummer eins geworden ist: Es rangiert auf Platz 29. (Tabelle 1)

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der *Index of Economic Freedom*, der alljährlich vom *Wall Street Journal* und der *Heritage Foundation* in Washington veröffentlicht wird. Dieser erfasst auf einer Skala von 0 bis 100 zehn ökonomische Grundfreiheiten in 183 Ländern, darunter an erster Stelle die Freiheit an Eigentum. Auch hier schneidet Slowenien relativ schlecht ab. Das Land liegt auf Platz 61, im mittleren Feld, mit einer Punktzahl von 64 von 100. Sechs andere der neun neuen EU-Länder liegen ebenfalls auf höheren Plätzen, erneut mit Estland an der Spitze (75 Punkte), gefolgt von Litauen, Tschechien, der Slowakei, Lettland und Ungarn. Besonders pikant erscheint der Umstand, dass sogar Albanien mit Platz 53 und einem Freiheitsindex von 66 vor Slowenien rangiert (Tabelle 2). Dieses Ergebnis kommt sicherlich für viele Betrachter überraschend. Doch wenn man sich mit der

politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den letzten 20 Jahren auseinandersetzt, ist dieses Ergebnis nicht unerwartet.

Tab. 1

IPRI Ranking by Quintile

	Top 20 percent	2nd Quintile	3rd Quintile
<b>Strongest</b>			
	Finland	Qatar	Uruguay
	Denmark	South Korea	Slovenia
	Sweden	Taiwan	Poland
	Netherlands	Estonia	India
	Norway	Malta	Latvia
	Switzerland	Cyprus	Panama
	New Zealand	Oman	Romania
	Singapore	Hungary	Jamaica
	Australia	Chile	Bulgaria
	Austria	Slovakia	Turkey
	Luxembourg	Puerto Rico	Trinidad and Tobago
	Germany	Israel	Ghana
	Canada	Czech Republic	Thailand
	Ireland	Bahrain	Brazil
	United States	Lithuania	China
	Iceland	Jordan	Morocco
	United Kingdom	Saudi Arabia	Egypt
	Japan	Malaysia	Colombia
	Hong Kong	Italy	Syria
	Belgium	Botswana	Croatia
	France	Greece	El Salvador
	United Arab Emirates	Mauritius	Mali
	Portugal	Tunisia	Mexico
	South Africa	Kuwait	Malawi
<b>Weakest</b>	Spain	Costa Rica	Burkina Faso

Quelle: International Property Rights Index – IPRI 2010 Report

Es mag paradox klingen, aber der wesentliche Grund für die noch nicht abgeschlossene Transformation in Slowenien dürfte im zu reibungslosen und glatten Übergang aus dem jugoslawisch-sozialistischen Staatenverbund in die Unabhängigkeit und in der oben beschriebenen personellen Kontinuität der politischen Eliten liegen. Selbst die Liberal-Demokratische Partei LDS, langjähriger Partner der FNF in Slowenien, wurde von führenden Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes gegründet. Ihr langjähriger Vorsitzender und späterer Premierminister und Staatspräsident Janez Drnovsek war der letzte ZK-Sekretär des Bundes der Kommunisten in Slowenien vor Erlangung der Unabhängigkeit.

Abgesehen davon, dass der slowenische „Befreiungskrieg“ lediglich fünf Tage dauerte und nur fünf Menschenleben kostete, erfolgte die Transformation bruchlos und graduell. Die mentale und personelle Kontinuität kommt auch darin zum Ausdruck, dass bis heute keine klare Abrechnung mit den Verbrechen des kommunistischen Regimes, insbesondere in den Jahren nach Kriegsende 1945, stattgefunden hat, denen Tausende von unschuldigen Bürgern, die man der



Kollaboration mit den Deutschen bezichtigte, zum Opfer gefallen sind. So vermerkt der FAZ-Korrespondent in Ljubljana, Karl-Peter Schwarz, dass es geradezu sarkastisch sei, wenn Lektionen in Liberalismus, Parlamentarismus, in Aktienrecht, Pressefreiheit und Bürgergesellschaft heute von denselben Leuten erteilt werden, die früher der Bevölkerung Marxismus und Jugoslawismus zwangsverordnet hatten.

Tab. 2

RANKING THE WORLD BY ECONOMIC FREEDOM

Rank	Country	Overall Score	
1.	Hong Kong	89,7	■
2.	Singapore	86,1	■
3.	Australia	82,6	■
4.	New Zealand	82,1	■
5.	Ireland	81,3	■
6.	Switzerland	81,1	■
7.	Canada	80,4	■
8.	United States	78,0	■
9.	Denmark	77,9	■
10.	Chile	77,2	■
.....			
16.	Estonia	74,7	■
.....			
29.	Lithuania	70,3	■
.....			
34.	Czech Republic	69,8	■
35.	Slovakia	69,7	■
.....			
50.	Latvia	66,2	■
51.	Hungary	66,1	■
.....			
61.	<b>Slovenia</b>	<b>64,7</b>	■
.....			
71.	Poland	63,2	■



Quelle: Heritage Foundation & Wall Street Journal 2010 Index of Economic Freedom

Besonders bedenklich erscheint die Verknüpfung zwischen großen, von ehemaligen Mitgliedern der Nomenklatura privatisierten Unternehmen und den Medien. So befindet sich z.B. die größte Tageszeitung des Landes, Delo, mehrheitlich im Eigentum des größten slowenischen Getränkekonzerns Pivovarna Lasko, deren Direktor Bosko Srot den Sozialdemokraten nahe-

steht, während sein Bruder in der Volkspartei SLS aktiv ist. Dagegen steht der Verlag DZS, in dem die zweite bedeutende Tageszeitung des Landes, Dnevnik, herausgegeben wird, der liberalen LDS nahe. An zahlreichen anderen Zeitungshäusern hält der Staat eine Minderheitsbeteiligung. Dass diese Wirtschaftsmacht auch zur Beeinflussung von Journalisten eingesetzt werden kann, zeigte sich regelmäßig bei Regierungswechseln.

Die Privatisierung der staatseigenen Unternehmen erfolgte in Slowenien in drei Wellen: 1991 wurde das Denationalisierungsgesetz verabschiedet, nach dem alle zwischen 1945 und 1958 verstaatlichten Betriebe restituiert werden sollten. Allerdings wurde dieser Akt für viele der ehemaligen Eigentümer zu einem Alptraum: knapp 2000 Restitutionsverfahren sind bis heute, also nach 20 Jahren, nicht abgeschlossen.

Ein zweites Gesetz, das sich mit der Rückgabe von privatem Immobilienbesitz befasste, wurde dagegen mit viel mehr Erfolg angewendet. 93% der Wohnimmobilien, die vorher dem Staat, den Kommunen oder staatlichen Firmen gehörten, befinden sich heute in Privatbesitz.

Die eigentliche Massenprivatisierung setzte mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Transformation von sozialistischem Eigentum Anfang der 90er Jahre ein. Dabei waren verschiedene Formen der Eigentumsübertragung vorgesehen, jedoch nur zu einem geringeren Teil durch die Rückgabe an die früheren Eigentümer. Dagegen wurden je 20% an den staatlichen Beteiligungsfond SRD sowie je 10% an den Pensionsfond KD und den Restitutionsfond SOD übertragen. Ein Fünftel diente der Ausgabe von Coupons an die Mitarbeiter. Die restlichen 40% wurden in Form von management-buy-outs oder Versteigerungen privatisiert. Diese Außenstehenden als durchaus sinnvoll und gerecht erscheinende Entstaatlichung erwies sich bald aber als trügerisch. Die dadurch entstandene Zersplitterung des Kapitals führte eher zur wirtschaftlichen Instabilität und in den meisten Firmen zur Umverteilung der Anteile zugunsten von Großaktionären, die in der Regel eng mit der früheren politischen Elite verbunden waren. Zusätzlich boten die an die staatlichen Fonds übertragenen Anteile erheblichen Spielraum für politische Einflussnahme und die Wiedereinsetzung des alten sozialistischen Managements.



Der bedenkliche Zustand der Eigentumsrechte in Slowenien wird auch durch den Umstand dokumentiert, dass hier im Vergleich etwa zu Tschechien, Polen, Ungarn oder der Slowakei ausländisches Kapital eine nur untergeordnete Rolle spielt. Während dort der Anteil der ausländischen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt bei rd. 50% liegt, sind es in Slowenien nur 23%. Traditionell stehen die Politiker aller Couleur, aber auch die öffentliche Meinung, dem Eintritt der ausländischen Investoren ziemlich feindlich gegenüber, in der Überzeugung, das Familiensilber verteidigen zu müssen.

An dieser für ein neues EU-Land eher ungewöhnlichen Einstellung zum Recht an Privateigentum haben auch die zuletzt amtierenden Regierungen – ob konservativ oder sozialliberal – wenig geändert. Staatliche Beteiligungsfonds, Großunternehmer und Insider spielen eine immer noch zu dominante Rolle. Das von der konservativen Regierung Jansa öffentlichkeitswirksam angekündigte Privatisierungsprogramm, das vor allem die beiden staatlichen Fonds SOD und KAD privatwirtschaftlich umgestalten sollte, blieb bis auf den Verkauf von 49% des staatlichen Anteils an der zweitgrößten Bank auf dem Papier. Die seit 2008 regierende sozialliberale Koalition hat dieses Thema überhaupt nicht im Programm. So kontrolliert der slowenische Staat mehr als zwanzig Jahre nach der Wende in Mitteleuropa alle namhaften Unternehmen und Marken des Landes: Nova Ljubljanska Banka, NKBM (Banken), Triglav (Versicherung), Telekom Slovenije und Mobitel, Krka (Pharma), Mercator (Supermarktkette), Gorenje (Textil, Elektronik), Luka Koper (Transport). Diese sehr extensive staatliche Wirtschaftstätigkeit in Slowenien geht mit einem vergleichbar geringen Schutz der Eigentumsrechte, mit Interventionismus und einer ineffizienten Justiz einher und schafft nicht zuletzt Raum für Korruption.

**Borek Severa**, Projektleiter Mitteleuropa und Baltische Staaten; [Borek.Severa@fnst.org](mailto:Borek.Severa@fnst.org)

## Das Geschäft mit der Kopie – Gefahr und Bekämpfung von Markenpiraterie in Europa

Bereits das dritte Jahr in Folge hat das Regionalbüro Nordamerika und Europäische Institutionen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit den International Property Index (IPRI) in Washington und Brüssel vorgestellt. Der Index erscheint jährlich und vergleicht die Rechtslage verschiedener Länder zum Schutz physischen und geistigen Eigentums. Die Veranstaltung in Brüssel beschäftigte sich dieses Jahr mit dem Schutz von geistigem Eigentum und den Gefahren von Markenpiraterie.

### Arbeit mit dem Kopf

Geistiges Eigentum (*intellectual property*) meint etwas, das man sich vorstellen muss, weil man es nicht anfassen kann. Juristen sprechen vom Recht am immateriellen Gut. Solch abstrakte Überbegriffe eröffnen ein weites Feld, aber es lohnt, sich die verschiedenen Dimensionen dieses Begriffes kurz zu vergegenwärtigen. Im Zusammenhang mit geistigen Schöpfungen spricht man, erstens, von Urheberrechten. Man denke an Helmut Newtons Recht an der eigenen Fotografie, Hertha Müllers Recht am eigenen Buch, Michael Jacksons Recht am eigenen Tonträger.

Daneben gibt es, zweitens, gewerbliche Schutzrechte: Bezogen auf technische Erfindungen ist die Rede von Patenten. Ferdinand Graf von Zeppelin erhielt 1898 beispielsweise das DE Patent 98580 für seine Erfindung "lenkbarer Luftfahrzeug mit mehreren hinter einander angeordneten Tragkörpern". Im Gegensatz zum Patent bezeichnet eine Marke ein nichttechnisches gewerbliches Schutzrecht. So ist der Markenname eines Produkts mehr als nur die Bezeichnung einer Ware. Namen wie Coca-Cola, Perrier oder Heineken versprechen jeweils ganz bestimmte Produkteigenschaften, die ihrerseits wieder für ein gewisses Image stehen.

In unserer Gesellschaft besteht ein breiter Konsens darüber, dass es notwendig ist, geistiges Eigentum zu schützen. Doch das war nicht immer so. Jahrhunderte lang fußten die Rechtsordnungen in Europa auf der Annahme, dass von Eigentum nur in Bezug auf körperliche Gegenstände, also Sachen, gesprochen werden kann. Das änderte sich erst im 19. Jahrhundert, als





sich eine Theorie des geistigen Eigentums entwickelte, die bis heute den rechtlichen Schutz geistigen Eigentums legitimiert. John Locke formulierte den entscheidenden Grundgedanken: Jeder besitze das Eigentum am eigenen Körper, schrieb der englische Philosoph, und damit gehöre ihm folglich alles, was er mit seinen eigenen Händen geschaffen habe. Konsequenz weiter gedacht, entsteht Eigentum schließlich nicht nur durch Arbeit mit den Händen, sondern auch durch Arbeit mit dem Kopf.

### Wer den Geist nicht schützt

Die Meinungen darüber, wie viel Schutz ein Urheberrecht, ein Patent oder eine Marke in unserer Gesellschaft genießen sollte, gehen auseinander. Insbesondere an der Frage des Urheberrechts scheiden sich liberale und libertäre Geister. „Wer den Geist nicht schützt, verliert ihn“, sagte Außenminister Guido Westerwelle anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse im Oktober und sprach sich für verbindliche Regeln zum Schutz von über das Internet beziehbaren Büchern und von Musik aus: „Geistiges Eigentum darf nicht schlechter gestellt werden als dingliches Eigentum.“ Dies war auch der Tenor der Veranstaltung des Dialogprogramms Brüssel (DPB) zum Thema geistiges Eigentum und Markenpiraterie im Frühjahr 2010. Während Kelsey Zahourek (Property Rights Alliance) den *International Property Rights Index* vorstellte, beleuchtete Fabian Wehnert (Markenverband) Gefahren und Bekämpfungsmöglichkeiten von Markenpiraterie.

Was genau ist Markenpiraterie? Der Deutsche Zoll gibt Auskunft: „Markenpiraterie ist das illegale Verwenden von Zeichen, Namen, Logos (Marken) und geschäftlichen Bezeichnungen, die von den Markenhherstellern zur Kennzeichnung ihrer Produkte im Handel eingesetzt werden.“<sup>1</sup> Wer ist noch nicht durch Touristenzentren spaziert und hat die sorgsam auf Bettlaken ausgebreiteten Luxusuhren, Handtaschen und Designerhemden betrachtet? Ob in Bangkok, Nizza oder Rom – immer wieder erliegt der urlaubende Endverbraucher der Versuchung und bringt ein täuschend echt aussehendes Gucci-Täschchen oder Rolex-Imitat mit nach Hause.

Doch längst beziehen sich die Fälschungen nicht mehr nur auf solche Luxusartikel. Auch Arzneimittel, Kosmetika, Lebensmittel, Fahrzeuersatzteile oder Spielzeug werden immer öfter kopiert. Dies hat gravierende Folgen für die betroffenen Unternehmen, für die Wirtschaft und nicht zuletzt für den Verbraucher.

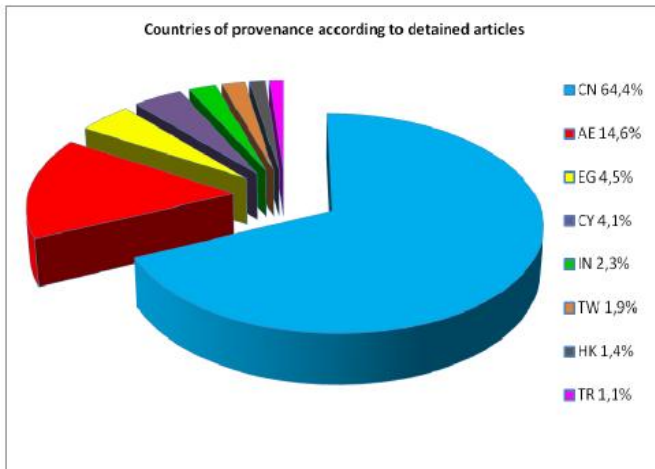
Während eine Designerhandtasche in der Boutique für 500 Euro käuflich erworben werden kann, kostet die Nachahmung auf dem Nachtmarkt in Bangkok höchstens 500 Thailändische Baht, das sind umgerechnet etwa 12 Euro. Der Produktpirat in Thailand kommt nach Abzug der Herstellungskosten auf einen unverdienten Reingewinn. Der Verbraucher, der sich in erster Linie mit dem Markennamen schmücken möchte, verzichtet dafür auf die Qualität des Originalprodukts. Und in dem Maße, in dem dieser Verbraucher durch seinen günstigen Einkauf gespart hat, verzeichnet der Handtaschenhersteller einen empfindlichen Umsatzausfall. „Seneca sagte einst, dass Nachahmung die höchste Form der Bewunderung sei. Dem schloss sich auch Oscar Wilde an. Für einen Markenhersteller jedoch stellt Produktpiraterie ein eher zweifelhaftes Kompliment dar“, resümiert René Balibey von Puma.

### Gesamtwirtschaftlicher Schaden

Aus dem aktuellen Jahresbericht der Kommission über die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die EU-Zollbehörden geht hervor, dass in über 43.000 Fällen insgesamt 118 Millionen Waren an den EU-Außengrenzen beschlagnahmt wurden. Während es sich in der Vergangenheit in erster Linie um Luxusgüter handelte, werden nun auch immer mehr Gegenstände des täglichen Bedarfs abgefangen. Dazu gehören vor allem Nahrungsmittel, Körperpflegeprodukte, Arzneimittel, elektrische Geräte und Spielzeug. Die Grafik zeigt, dass zwei Drittel der an EU-Zollstellen einbehaltenen gefälschten Waren aus China (CN) stammen. 14,6% kommen aus den Arabischen Emiraten (AE) – hier handelt es sich vor allem um Arzneimittel – und weitere 4,5% aus Ägypten (EG), wo vor allem Spielzeug<sup>2</sup> kopiert und geschmuggelt wird.

<sup>1</sup>[http://www.zoll.de/b0\\_zoll\\_und\\_steuern/d0\\_verbote\\_und\\_beschaenkungen/f0\\_gew\\_rechtsschutz/a0\\_marken\\_piraterie/index.html](http://www.zoll.de/b0_zoll_und_steuern/d0_verbote_und_beschaenkungen/f0_gew_rechtsschutz/a0_marken_piraterie/index.html)

<sup>2</sup>[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/customs/customs\\_controls/counterfeit\\_piracy/statistics/statistics\\_2009.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/statistics_2009.pdf)



(Quelle: Jahresbericht der Kommission über die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die EU-Zollbehörden, S.13.)

Eine Studie von Ernst & Young schätzt, dass die europäische Konsumgüterindustrie einen jährlichen Schaden von 35 Milliarden Euro verkraften muss. Die Unternehmen verlieren nicht nur Marktanteile an die illegalen Mitbewerber, sie müssen auch Imageschäden hinnehmen, die den Wert ihrer Marke langfristig beeinträchtigen. Hinzu kommen erhebliche Kosten für die Verhinderung und Sicherstellung von Fälschungen.<sup>3</sup>

Dass Markenpiraterie mehr umfasst, als kopierte Handtaschen vom fliegenden Händler, ist dem Verbraucher oft nicht klar. Er ist sich zwar bewusst, dass der Kauf und Import gefälschter Ware nicht legal ist, betrachtet sein Vergehen aber als vertretbares Kavaliersdelikt. Das ist eine gefährliche Fehleinschätzung. Während eine nachgemachte Handtasche, einmal durch den Zoll gewunken, den Verbraucher wohl nicht weiter gefährdet, können gefälschte Haushaltsgeräte, Fahrzeugteile und Kosmetika erhebliche Gesundheitsrisiken bergen. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat darauf mit klaren Worten hingewiesen. In ihrer Rede zum Tag des geistigen Eigentums sagte die Bundesjustizministerin: „Wer Fake kauft, gefährdet sich und seine Familie. Das ist keine Schnäppchenjagd, sondern viel zu oft ein Himmelfahrtskommando. Gefälscht ist gefährlich! Diese Botschaft müssen wir allen Verbrauchern noch viel stärker vermitteln.“

<sup>3</sup> Ernst & Young 2008: Piraten des 21. Jahrhunderts. Angriff auf die Konsumgüterindustrie

<sup>4</sup> [http://ec.europa.eu/internal\\_market/iprenforcement/observatory/index\\_de.htm#what](http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/observatory/index_de.htm#what)

## Kein Kavaliersdelikt

Auch der Markenverband fordert, Markenpiraterie nicht als Kavaliersdelikt zu behandeln. „Markenpiraterie ist eine Straftat und dementsprechend zu adressieren“, so Fabian Wehnert. Derzeit stünden die strafrechtlichen Sanktionen gegen Markenpiraterie in keinem angemessenen Verhältnis zu den durch sie angerichteten Schäden. Der Verband schlägt vor, den Straftatbestand der Markenpiraterie im Strafgesetzbuch zu verorten, um ihn so anderen Wirtschafts- und Eigentumsdelikten gleichzustellen. Ob aber härtere Strafen Fälscher, Händler und Käufer zum Umdenken bewegen, bleibt fraglich. Und so gilt es, zunächst die vorhandenen Kräfte zu bündeln. Die EU hat dafür eine Europäische Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie eingerichtet. Dieses EU Observatory versammelt die Kompetenzen von Verbändevertretern und Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten und wird durch die deutsche Wirtschaft nachdrücklich unterstützt.<sup>4</sup> Letztlich wird jedoch auch die beste Gesetzgebung und härteste Strafe nichts ausrichten, wenn beim Endverbraucher kein Bewusstseinswandel stattfindet. Die Käufer aufzuklären und zu verantwortlichem Verhalten zu bewegen, ist ein Mammutprojekt, das nur mit vereinten Kräften gestemmt werden kann. Hier sind Behörden, Politik und Industrie gleichermaßen gefragt.



Empfindliche Strafen für Markenpiraterie, Plakat gesehen am Flughafen in Nizza (Foto: Ellen Madeker)

Dr. Ellen Madeker, Dialogprogramm Brüssel (DPB), Internationaler Politikdialog; [ellen.madeker@fnst.org](mailto:ellen.madeker@fnst.org)



## Was Verletzung von Urheberrechten wirklich bedeutet—Vom Recht auf intellektuelles Eigentum in Ghana

An unzähligen Straßenecken in Ghanas Hauptstadt Accra bieten kleine Läden Musik, Filme und Software zu schwindelerregend geringen Preisen an – allesamt rechtswidrig gefertigte Kopien. Nach Original-CDs und DVDs muss man ernsthaft Ausschau halten. Auf einer DVD können bis zu 80 Filme gespeichert werden, Sampler, die das komplette Werk eines Musikers enthalten, sind für weniger als umgerechnet fünf Euro von Straßenverkäufern erhältlich. Spezialaufträge werden gerne angenommen, ein Unrechtsbewusstsein scheint schlichtweg nicht vorhanden zu sein.



Die Sicherung geistiger Eigentumsrechte<sup>1</sup>, sogenannter „Intellectual Property Rights“ (IPR) ist ein derzeit vieldiskutiertes Thema in Ghana. „Intellectual Property Rights“ haben heute international zunehmend den gleichen Stellenwert wie materielle Rechte. Bei der weltweit zunehmenden Sicherung dieser Rechte möchte Ghana nicht den Anschluss verlieren, auch damit die Kreativität im Inland gefördert und das Land auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig wird. So ist das ghanaische Recht zum Schutz immaterieller Eigentumsrechte in den vergangenen Jahren umfang-

<sup>1</sup> Rechte am geistigen Eigentum sind Schutzvorschriften für absolute Rechte an immateriellen Gütern, wie z.B. Patent-, Gebrauchs- und Geschmacksmuster, Marken-, Urheberrechte usw.

<sup>2</sup> „Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights“, Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum. Legt minimale Anforderungen für nationale Rechtssysteme fest, um sicherzustellen, daß die Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums nicht den rechtmäßigen Handel beschränken.

reich novelliert und zugunsten eines nachhaltigeren Rechtsschutzes verbessert worden. Aktuell werden der „Trademark Act“ sowie der „Industrial Designs Act“ revidiert.

Der gesetzliche Rahmen in Ghana orientiert sich vollumfänglich an den Vorgaben des TRIPS-Abkommens<sup>2</sup>. Danach sind Urheberrechte bis zu 70 Jahre über den Tod des Urhebers hinaus gesichert. Darüber hinaus wurden der WIPO-Urheberrechtsvertrag WCT<sup>3</sup> sowie der „WIPO Performances and Phonograms Treaty“ (WPPT) ratifiziert.

Auch strukturell schuf die Regierung entsprechende Rahmenbedingungen: das „Registrar General's Department“ (verantwortlich für Registrierung, Verwaltung und Förderung des gewerblichen Rechtsschutzes) sowie das „Copyright“<sup>4</sup> Office<sup>5</sup>, verwalten Rechte am geistigen Eigentum in Ghana. Die „Copyright Society“ (COSGA) vertritt Nutzungsrechte und vergibt Lizenzen ähnlich der GEMA in Deutschland.

Dennoch hapert es an der Umsetzung der Gesetze. Vor allem fehlt es der Bevölkerung an Bewusstsein und Verständnis. Raubkopien zu fertigen, zu verkaufen und zu erwerben wird nicht als Eingriff in die Schutzgüter eines anderen angesehen, und somit lahmt auch die praktische Verwirklichung des genannten Zwecks von Urheberschutzrechten, nämlich die Schaffung von Anreizen zur Schöpfung neuer Werke und deren Verbreitung in der Öffentlichkeit, seit einigen Jahren.

Das oftmals aus dem britischen Recht übernommene Gesetzeswerk ist zudem in den wenigen Fällen, in denen es in der ghanaischen Rechtsprechung Anwendung fand, fehlinterpretiert worden.<sup>6</sup> Schließlich ist in Ghana noch kein einziges Patent erfolgreich angemeldet worden. Was das auf den ersten Blick trockene

<sup>3</sup> WIPO = World Intellectual Property Organisation, WCT = World Copyright Treaty

<sup>4</sup> Angloamerikanische Bezeichnung für das Immaterialgüterrecht an geistigen Werken, die dem Begriff Urheberrecht im deutschen Recht nahekommt. Während das deutsche Urheberrecht den Urheber als Schöpfer und seine ideelle Beziehung zum Werk in den Mittelpunkt stellt, betont das *Copyright* den ökonomischen Aspekt.

<sup>5</sup> <http://www.copyright.gov.gh/>

<sup>6</sup> In *Ellis v Donkor* stellte das Gericht das Kriterium der „Originalität“ fälschlicherweise mit der Eigenschaft „Erfindung“ gleich



Thema in der Realität bedeutet, hat kaum ein ghanaischer Künstler so hautnah erlebt wie Carlos Sakyi (51). Carlos ist der Star unter Ghanas Keyboardern und Unternehmer in der Musikindustrie in Ghana. Er beschäftigt sich seit langem mit dem Thema geistiger Eigentumsrechte. Neben seiner Arbeit als Künstler hat er viele andere Hüte auf: er ist Mitglied des „Interim Copyright Management Team“, das die Aufsichtsfunktion über die „Copyright Society of Ghana“ (COSGA) innehat, er tritt zudem als Interessenvertreter, Berater und Lobbyist auf, sensibilisiert und schult Musiker und andere Künstler. Carlos hat die Ergebnisse dieser Arbeit in einer Studie veröffentlicht<sup>7</sup>.

Er konstatiert den Niedergang der ghanaischen Musikindustrie, den er vor allem auf die Piraterie zurückführt:

*„Ich bin Musiker und ernsthaft betroffen. Ich habe zehn Alben selbst aufgenommen und war Inhaber einer Plattenfirma in den 90er Jahren. Beide Unternehmen konnten nicht überleben, und zwar wegen der Piraterie. Schätzungsweise 100.000 Kopien wurden von meinen Werken gefertigt und überallhin verkauft.“*

Seine Reaktion hierauf beschreibt Sakyi als „schlichtweg niedergeschmettert“:

*„Du bist traurig und bestürzt. Es ist als wenn der ganze Film noch einmal im Kopf abläuft: man hat am Klavier gesessen, alles aufgeschrieben, hat ein Studio gebucht und Musiker engagiert und dann den Song vermarktet. Man muss von einer Fernseh- und Radio-station zur nächsten laufen und Interviews geben. Das kostet alles eine ganze Menge Geld. In dem Moment schließlich, als ich dachte, jetzt habe ich es geschafft, nun kann ich anfangen die Früchte zu ernten, sah ich plötzlich, dass die Leute meine Stücke einfach kopierten und verkauften. Und Sie verkauften die Kopien zu einem lächerlich günstigen Preis, weil sie keine Produktionskosten hatten. Ich musste mit ansehen, wie die Leute die Kopien kauften und die Original-CDs in den Regalen liegenblieben. Das ist so, als wenn du für ein Unternehmen arbeitest und am Ende des Monats ein anderer dein Gehalt einsteckt. Was würdest du da machen? Kündigen!“*

<sup>7</sup> „Comparative Study on the Music Industries of Ghana and South Africa“, Accra 2007.

Letzten Endes litt er nicht nur selbst, in Mitleidenschaft gezogen wurden auch seine Familie, seine Freunde. Carlos Sakyi beschreibt seine Gefühle des Abgeschrecktseins, und dass er nicht wieder zurück ins Studio gehen mochte, obwohl er so viele Ideen hatte. Das ging bis zu dem Punkt, an dem er sich entschied, seine Niedergeschlagenheit zu beenden und anzufangen, für seine Rechte zu kämpfen.

Sakyi beklagt, dass sich die Behörden in Ghana nicht wirklich für die Rechte der Künstler einsetzen. In den Ämtern säßen Technokraten, die die Interessen der Musiker gar nicht wahrnahmen und sie nicht vernünftig berieten. Schutzrechte würden gar nicht oder nicht entsprechend angewendet und durchgesetzt. Die Behörden, so Sakyi, sollten sicherstellen, dass die Künstler von ihrer Arbeit auch profitieren können. Die Regierung sollte entsprechende Gesetze erlassen, die sicherstellen, dass Musiker ihren Teil bekommen. Nur so würden Anreize geschaffen, kreativ zu sein:

*„Ich sehe einen direkten Zusammenhang. Wenn Eigentumsrechte, immaterieller oder materieller Art, geschützt werden, führt das zu Wohlstand im Land. Wenn man heute über den Friedhof geht, liegt dort so viel Talent begraben. Leute, die kein Geld hatten, in Studios zu gehen und ihr Talent der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie haben alle ihre Ideen und ihre Musik mit ins Grab genommen.“*



Das Projektbüro Ghana der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat das Thema geistiger Eigentumsrechte mehrfach prominent behandelt. Hier wurden Ansätze zur Verbesserung vorgetragen und engagiert von Experten aus Politik und Wirtschaft und von der interessierten Fachöffentlichkeit diskutiert. In diesem Zuge wurden gravierende Mängel des gegenwärtigen Systems aufgedeckt und liberale Lösungsvorschläge erarbeitet.





Fraglich bleibt, welches das für Ghana beste System ist. Ein solches, das es dem Einzelnen erlaubt, sich selbst für seine eigenen Rechte erfolgreich einzusetzen und diese zu schützen? Oder eher eine Wächterfunktion des Staats? Es bleibt eine Herausforderung, ein Umfeld zu kreieren, das sowohl zum ökonomischen Wachstum beiträgt als auch Entwicklung an sich fördert. Dazu müssen indes erst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden. Die WIPO und das „Swiss Federal Institute of Intellectual Property“ stehen den ghanaischen Behörden dabei zur Seite. Erst kürzlich fand ein Workshop der diversen ghanaischen Interessenvertreter in Accra statt. Und im Juli diesen Jahres wurde das „National Intellectual Property Policy Committee“<sup>8</sup> (NIPPC) mit dem Auftrag der Entwicklung einer nationalen Strategie gegründet. Das Kunststück wird auch hier sein, alle verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

**Werner Nowak**, Projektleiter Westafrika;  
[werner.nowak@fnst.org](mailto:werner.nowak@fnst.org)

**Uta Staschewski**, Program Officer, Ghana;  
[uta.staschewski@fnst.org](mailto:uta.staschewski@fnst.org)

#### Bildnachweise:

S. 11: © Thorben Wengert/Pixelio

S. 12: © Rainer Sturm/Pixelio

<sup>8</sup> Das Komitee besteht aus Repräsentanten diverser Interessenvertretervereinigungen, darunter: Ministry of Education, Ministry of Food and Agriculture, National Commission on Culture, Association of Ghana Industry, Institute of Industrial Research, Copyright Office, University of Ghana – Faculty of Law, Ministry of Health; dazu gehören auch National Board for Small Scale Industries, Kwame Nkrumah University of Science and Technology, Customs Excise and Preventive Service, Ministry of Science and Technology, Ministry of Justice, Ghana Police Service, Ghana Academy of Arts and Sciences and Food and Drugs Board. The rest are Ghana Chamber of Commerce, National Planning Development Commission, Ghana Consumer Association, Registrar General's Department and Musicians Union of Ghana.

## Eigentumsrechte in Lateinamerika

Für Lateinamerika hat vor allem der peruanische Ökonom **Hernando de Soto** in seiner bahnbrechenden Schrift „Freiheit für das Kapital“ (El misterio del capital) nachgewiesen, dass das Fehlen klarer Eigentumsrechte der Hauptgrund für die wirtschaftliche Stagnation in der Region ist. Im weltweiten Vergleich besteht in Lateinamerika insgesamt eine schlechte Situation bzgl. der Eigentumsrechte aufgrund der mangelnden Unabhängigkeit der Justiz, des Fehlens von Katasterämtern und dem insgesamt hohen Mass an Korruption. Entsprechend dem internationalen Index für Eigentumsrechte (IPRI) sind die Eigentumsrechte am besten geschützt in Chile, Costa Rica und Uruguay.

### Mexiko

In Mexiko sind Eigentumsrechte besonders im Bereich des physischen Eigentums gefährdet. Die Katasterämter und die Notare sind Schwachpunkte des Systems, hinzu kommt das fehlende Bewusstsein der Bevölkerung für die zahlreichen Vorteile der Registrierung des Eigentums sowie deren hohe Kosten.

Im *International Property Rights Index 2010* liegt Mexiko auf Platz 72 von 125 evaluierten Ländern, weit hinter Chile auf Platz 34 und Costa Rica und Uruguay auf Platz 50. Im Vergleich zu 2008 ist Mexiko um 0.4 Punkte abgefallen. Auch der *Economic Freedom Report of the World 2009* bewertet Mexiko in der Kategorie „rechtliche Struktur und Eigentumsrechte“ mit einer schwächeren Note als noch 1995. Ein Reformvorhaben der mexikanischen Regierung zur Sicherung von Eigentumsrechten gibt es derzeit nicht, Präsident Calderón hatte lediglich in seinem Wahlkampf versprochen, eine solche Reform durchzuführen – heute ein fast vergessenes Thema.

### Die Katasterämter

In Mexiko bestehen Katasterämter mit der Aufgabe der Registrierung und rechtssicheren Dokumentation auf der Ebene der Bundesstaaten, sie sind unmittelbar von den Innenministerien auf Landesebene abhängig. Da in jedem Bundesstaat die Katasterämter anders funktionieren, war die Regierung von Präsident Felipe



Calderón mit der Absicht angetreten, einheitliche Standards zur Modernisierung der verwaltungstechnischen Katastersysteme auf Kommunal- und Landesebene einzuführen. Für ein effizientes Funktionieren der Ämter müssen die Registrierungsprozesse transparenter gestaltet, moderne Informationstechnologien eingeführt, eine Qualitätskontrolle durchgeführt, das Personal kompetent ausgebildet, die Unabhängigkeit der Ämter gefördert sowie relevante Daten mit anderen Institutionen ausgetauscht werden. Nur so kann ein Katasteramt dem Bürger Einblick in die Rechte an einem Eigentum gewähren, an dessen Kauf er interessiert ist.

Der Prozess der Modernisierung der Katasterämter ist in den letzten Jahren nur sehr langsam und uneinheitlich fortgeschritten. Es gibt Kataster in Bundesstaaten wie Baja California und Sonora im Norden, Jalisco an der Pazifikküste, Morelos, Mexiko-Stadt und Mexiko im Zentrum sowie Yucatán im Südosten des Landes, die sehr modern funktionieren und die Anträge des Bürgers auf Registrierung seines Eigentums sehr schnell bearbeiten. Modernisierung bedeutet auch, dass Behördengänge vereinheitlicht werden. So hat in zwei Bundesstaaten ein und dasselbe Prozedere beim Katasteramt unterschiedliche Namen.

Ein digitalisiertes Eigentumsregister und eine e-Plattform zur Durchführung verschiedener mit der Registrierung von Eigentum zusammenhängender Behördengänge sowie die Ausbildung des Personals könnte Katasterämter kundenfreundlich gestalten, der Bürger würde ein zufriedener Kunde staatlicher Dienstleistungen. Darüber hinaus liesse sich durch eine Digitalisierung der Eigentumsregistrierung Korruption vermeiden.

### Das Notarwesen

Zu den langwierigen und intransparenten, keine wirkliche Rechtssicherheit schaffenden Verfahren auf Katasterämtern kommen hohe Kosten und ein hoher zeitlicher Aufwand für die notwendige Hinzuziehung eines Notars hinzu, was z.B. eine Unternehmensgründung ungemein verzögert. Dem *Doing Business Report 2010* der Weltbank entsprechend, müssen hierfür 5 Verwaltungsschritte absolviert werden, die insgesamt 74 Tage in Anspruch nehmen und Kosten in Höhe von 5,2% des Wertes des Eigentums verursachen. Mexiko

rangiert bei dieser Evaluierung der Weltbank deshalb nur auf Platz 99 von 183 analysierten Ländern.

Um die Kosten der notariellen Dienstleistungen zu senken, sind in Mexiko die Förderung des Wettbewerbs der Notare und ein transparentes Vergabeverfahren der Notarstellen notwendig.

Einige Immobiliengesellschaften sind dazu übergegangen, sogenannte „title insurances“ in der Verantwortung einer Versicherungsfirma anzubieten, womit vorherige Eigentümer einer Immobilie identifiziert werden können und der Käufer sich juristischen Beistands sicher sein kann. Im Falle eines Betrugs übernimmt die Versicherung die Kosten, die dem Käufer entstanden sind.

### Fehlende testamentarische Festlegung des Erbes



Gefährdet sind Besitz- und Eigentumspositionen in vielen Fällen dann, wenn sie nicht testamentarisch vererbt wurden. Um das Eigentum als solches registrieren zu lassen, müssen 4,5% des kommerziellen Wertes des Eigentums als Gebühr gezahlt werden.

Wenn eine Vererbung des Eigentums über mehrere Generationen hinweg ohne Testament erfolgt ist, können die Kosten leicht den Wert des Eigentums überschreiten, was die Behörden wiederum anfällig für Korruption macht. Bemerkenswert ist, dass z.B. in Mexiko-Stadt 83 Prozent der Bevölkerung derzeit kein Testament gemacht haben.

### Fehlende Steuerkultur – fehlende Eigentumsregistrierung

In Mexiko registrieren viele Menschen ihren Besitz nicht als Eigentum, da sie so der Zahlung der Grundsteuer entgehen können. Und die Regierungen zeigen nicht immer das grösste Interesse daran, Menschen zur Eigentumsregistrierung zu bewegen, denn Grundsteuer zu erheben hat auch oft politische Kosten und verpflichtet Regierung und Verwaltung zu Dienstleistungen wie etwa Wasser- und Stromversorgung sowie



zum Strassenbau. Während in anderen OECD-Ländern die Steuereinnahmen ca. 1,8% des BIP ausmachen, sind es in Mexiko lediglich 0,3%. Nur in wenigen Gemeinden ist die Verwaltung tatsächlich darauf bedacht, Steuern einzunehmen, etwa in Gemeinden wie Cancún, wo Tourismus eine der wichtigsten Einnahmequellen insgesamt ist; oder in Gemeinden, in denen sich grosse Wohngebiete mit hoch besteuertem Boden befinden.

### Verfassungsmythos Staatseigentum

Nach Artikel 27 der mexikanischen Verfassung ist Grund und Boden ursprünglich und grundsätzlich Eigentum „der Nation“ und nur sie hat das Recht, es an Privatpersonen weiterzugeben, um so Privateigentum zu schaffen. Die Nation, also der Staat, hat gleichzeitig das Recht, das Privateigentum entsprechend dem öffentlichen Interesse zum gesellschaftlichen Interesse zu gestalten. Die Verfassung spricht dem Staat weiterhin das Recht zur Enteignung gegen Entschädigung zu, sollte sie zum „öffentlichem Nutzen“ notwendig sein. Allerdings wird in keinem Verfassungsartikel definiert, was unter „öffentlichem Nutzen“ verstanden wird. So gibt es hier ein rechtliches Vakuum, was zur Interpretation durch die verschiedenen staatlichen Instanzen aller Ebenen einlädt.

### Stiftungsinitiative "Netzwerk für das Recht auf Eigentum" (Red por los Derechos de Propiedad en México)

In Zusammenarbeit mit der kommunalen Bürgerinitiative *Movimiento Pro-Vecino* wird im dritten Jahr die Kampagne „Eigentumsregistrierung“ durchgeführt, mit der bei den Bürgern das Bewusstsein für die Bedeutung von Eigentum und dessen Registrierung für ihre persönliche Rechtssicherheit wie für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden gefördert wird. Eine kurze Analyse zur Situation der Eigentumsrechte in Mexiko soll die Grundlage für die Bildung eines Netzwerkes sein, das dazu einlädt, das Thema in der öffentlichen Debatte zu behandeln, so dass sich daraus in einem nächsten Schritt Aktionen bis hin zu Gesetzesinitiativen ergeben, die zur Verbesserung des Schutzes von Eigentumsrechten beitragen.

### Die Eigentumsproblematik in Zentralamerika

Das Privateigentum spielt in der politischen Debatte in Zentralamerika eine herausragende, da konfliktreiche Rolle. Die Eigentumsthematik, die in Zentralamerika auf das Landverteilungsproblem reduziert wird, ist in allen zentralamerikanischen Ländern sehr konfliktgeladen und emotional belastet. Seit der Unabhängigkeit der zentralamerikanischen Staaten haben sich unzählige Regierungen daran gewagt, die verschiedensten Landreformen und Landverteilungen per Gesetz anzugehen. In fast allen Ländern führte dies nicht zur Linderung der ungleichen Landverteilung, sondern zur Eskalation des Konfliktes. So führte in Guatemala im Jahr 1954 die Landreform von Präsident Arbenz zum Bürgerkrieg.

Seit das Konfliktpotential dieses Themas in Zentralamerika erkannt wurde, ist es von den politischen Parteien und Lobbyisten, von unzähligen NGOs sowie zwischenstaatlichen und nationalen Institutionen mit naturgemäß unterschiedlichen Interessen und politischer Motivation besetzt worden. In der Regel betreiben ideologisch ausgerichtete internationale und nationale Institutionen Thema und Anliegen der sog. Landlosen und der Arbeitergewerkschaften und setzen sich dort für eine „gleichere“ Verteilung des Eigentums ein. Institutionen und Verbände, die dem wirtschaftlichen und staatlichen Spektrum zuzuordnen sind, versuchen das Thema des Privateigentums vom ökonomischen und rechtsstaatlichen Standpunkt – also weniger ideologisiert – aus zu behandeln. Eine gesellschaftliche Polarisierung, die die Sprengkraft des Themenbereiches weiter befördert, existiert jedoch nach wie vor. Hinzu kommen nationale Eigenarten (legale, gesellschaftliche, kulturelle sowie wirtschaftliche Strukturen) in den einzelnen Ländern, die dem Thema darüber hinaus eine lokale Färbung und Komplexität verleihen.

In **Nicaragua** ist das Konfliktpotential des Themas Privateigentum vergleichsweise geringer als in Honduras oder gar Guatemala. Dort hat die sandinistische Regierung das Thema seit der Revolution der 80er Jahre durch ihren selbstdefinierten ideologischen Anspruch, der sich in der Praxis in Enteignungen und anderen wirtschaftsfeindlichen Regierungsmaßnahmen bis heute zeigt, für sich monopolisiert. Das führte in der Vergangenheit dazu, dass sandinistische Organisatio-



nen die Meinungshoheit über dieses Thema an sich gerissen haben und dass sich die aktuelle Regierung ausschließlich von diesen oder anderen, ihnen nahestehenden Organisationen im Bereich Privateigentum beraten ließ.

In **Honduras** ist das Thema Eigentum aufgrund der hohen Polarisierung der Gesellschaft in diesem Bereich klar besetzt. Wirtschaftsfreundliche Institutionen, wie beispielsweise der Industrieverband oder die Handelskammer, liefern sich eine erbitterte politische Debatte mit den Vertretern der „landlosen Arbeiter“, sozialistischen Bewegungen und Gewerkschaften, die sich oft in gewaltsamen Zusammenstößen entlädt. Eine nüchterne, sachliche Debatte ist besonders im Hinblick auf die politische Krise im vergangenen Jahr, die auch in diese Thematik hineinspielt, derzeit kaum möglich.

Allein in **Guatemala** haben sich aufgrund nationaler Eigenarten Ansätze einer rationalen Diskussionskultur zum Thema Eigentum und Landreform innerhalb der Gesellschaft entwickelt, nicht zuletzt aufgrund der Förderung dieser Diskussion durch angesehene liberale Universitäten wie die Francisco Marroquín- und die Landívar-Universität. Trotzdem ist auch Guatemala, wo das Problem durch einen hohen Anteil an indigener Bevölkerung mit einem ganz anderen Zugang zum Thema Eigentum besondere Brisanz erhält, nicht von gewaltsamen Landnahmen und ähnlichen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit verschont geblieben. Erfreulicherweise konnte ein fortschrittlicher Trend jenseits einer polarisierten und dadurch verkürzten rechts-links Debatte in den letzten Jahren in Guatemala beobachtet werden, was den Handlungsspielraum für politische Stiftungen in diesem Bereich deutlich erweitert.

Alles in allem wird das Thema des Privateigentums in Zentralamerika in der öffentlichen, politischen Debatte meist sehr einseitig, emotional und verkürzt behandelt und auf die Landverteilung reduziert, da es sich vor seinem historisch konfliktreichen Hintergrund sehr gut für populistische Politik in der Aktualität eignet. Aus demselben Grund existiert daher auch leider wenig politisches Interesse daran, das Thema neutral und in seinem eigentlichen Kern aufzugreifen und zu analysieren, obwohl es ohne Zweifel zu einer der Kernursachen der in Zentralamerika herrschenden Ungleich-

heit gehört.

### Costa Rica

In Costa Rica sind Eigentumsrechte besonders dadurch gefährdet, dass die Regierung zu oft das Prinzip des „öffentlichen Interesses“ anwendet und unter Berufung hierauf Grund und Boden enteignet. So z.B. im Bereich des Umweltschutzes, sind doch 34% des costaricanischen Territoriums Nationalparks, biologische Reservate oder Schutzgebiete für Meeresfauna. Weitere 20% hält das *Instituto de Desarrollo Agrario* in Händen. Auch die Gesetze, die der Bevölkerung untersagen, Besitz im Küstenstreifen oder den Grenzgebieten zu haben und die hohen Steuern, die Familien mit geringen oder mittleren Einkommen nicht zahlen können, verschärfen die Situation der Eigentumsrechte in Costa Rica.

Weiterhin sind Eigentumsrechte gefährdet, weil häufig bei der Registrierung von Eigentum betrogen wird, die Verfahren nicht in transparenter Art und Weise verlaufen, und Daten von Eigentümern intransparent gespeichert werden. Auch die Vereinigung der Bauunternehmer beklagt eine übertriebene Anzahl notwendiger Verwaltungsakte, die erlassen werden müssen, um Baugenehmigungen zu erhalten.

### **Liberale Gesetzesinitiativen**

Die liberale Partei *Movimiento Libertario* hat sich das Konzept einer Eigentümergesellschaft aufs Schild geschrieben und präsentiert im Parlament entsprechende Gesetzesinitiativen. Mittels dieser sollen Personen, die derzeit auf Grund und Boden leben, der dem Staat gehört (insbesondere in den Küsten- und Grenzregionen sowie in städtischen marginalisierten Zonen), die Möglichkeit erhalten, Eigentumstitel zu erwerben.

### **Best practices – Bürgerinitiative zum Schutz der Eigentumsrechte**

Mitglieder der *Asociación para la Protección de los Derechos de Propiedad en Costa Rica* sind in der Hauptsache Bürger, die Opfer von Verletzungen ihrer Eigentumsrechte vertreten. Diese Vereinigung ist ein wichtiger Alliiierter des *Partido Movimiento Libertario*, gemeinsam sollen die Ursachen des fehlenden Schutzes von Eigentumsrechten identifiziert und angegan-





gen und den Bedrohungen von Eigentumsrechten mittels deren Veröffentlichung entgegnet werden.

### Argentinien

Im Gegensatz zur mexikanischen Verfassung verankert das argentinische Recht das Eigentum als das der einzelnen Bewohner des Landes. Die Verfassung spricht in Artikel 14 dem Bürger die Nutzung seines Eigentums zu, und in Artikel 17 ist seine Unantastbarkeit festgeschrieben. Sollte eine Enteignung zum „öffentlichen Nutzen“ notwendig werden, so kann diese nur stattfinden, wenn sie rechtlich abgesichert und der Eigentümer entschädigt wurde. Die Praxis sieht anders aus, die argentinische Regierung hat in den letzten Jahren zahlreiche Enteignungen ohne entsprechende Entschädigung durchgeführt. Nach der Verstaatlichung der Fluggesellschaft Aerolineas Argentina, der Übertragungsrechte an der Fußballweltmeisterschaft und der ersten Fußballliga sowie des größten privaten Rentenfonds sollen in diesen Tagen die Anteile zweier großer regierungskritischer Zeitungen am größten Papierhersteller eingezogen werden. Ironischerweise mit der Begründung, diese Anteile seien seinerzeit unter Ausübung von Zwang durch die damalige Militärdiktatur und ohne angemessene Entschädigung erworben worden.

Verstaatlichungen stellen aber nur eine Bedrohung für das private Eigentum dar, die seit Jahren hohe Inflation von über 20 Prozent, ständige Interventionen durch Steuern, Zölle und Preisvorgaben, die z.T. rückwirkend und per Dekret an der Legislative vorbei erlassen werden, stören die Rechtssicherheit ebenfalls empfindlich.

Dass die Argentinier ihr Eigentum nicht ausreichend geschützt sehen, kann man auch daran ablesen, dass jährlich Gelder in Höhe von Milliarden von US Dollar ins Ausland geschafft und nicht den eigenen Banken anvertraut bzw. im Land selbst investiert werden. Argentinien nimmt im *Doing Business Report 2010* der Weltbank Platz 118 von 183 evaluierten Ländern ein, was zeigt, wie kompliziert es darüber hinaus ist, überhaupt ein neues Unternehmen zu gründen.

Ein konsequenter Schutz des Privateigentums könnte zur Sanierung der angegriffenen öffentlichen Finanzen beitragen. Circa 50% der Unternehmen zahlen keine

Steuern, und diejenigen, die es tun, führen Steuern auf weniger als die Hälfte ihrer Einnahmen ab. Gleichzeitig müsste der öffentliche Haushalt transparent gestaltet werden, denn glaubt man regierungskritischen unabhängigen Medien, so verschwand in den letzten Jahren ein nicht unbeträchtlicher Teil der staatlichen Einnahmen in der Wahlkampfkasse des Regierungsblocks und der privaten Schatulle des Präsidentenehepaars vor allem in Form von Land- und Immobilienbesitz.



Insbesondere in den urbanen Ballungsgebieten besitzt ein Grossteil der Bevölkerung kein Eigentum in Form von Grund und Boden oder

eines Hauses. In Buenos Aires leben ca. 350.000 Menschen, also 12 Prozent der Bevölkerung der Hauptstadt, in sogenannten „villas de emergencia“, illegalen Siedlungen, in denen weder Wasser- noch Stromversorgung oder solide gebaute Wohnungen vorhanden sind. Die Menschen, etwa die Hälfte Migranten aus ärmeren Nachbarländern, leben hier z.T. in extremer Armut. Viele der Grundstücke bzw. Häuser in diesen Gebieten werden von Verwaltern an die Bevölkerung vermietet, ohne dass die Verwalter die Eigentümer wären. Es sei angemerkt, dass die Bevölkerung dieser Wohngebiete sich in den letzten sechs Jahren verdoppelt hat. Es gibt erste Versuche, diese Siedlungen zu legalisieren, sprich Infrastruktur anzulegen und Eigentumstitel zu vergeben. Eine Evaluierung dieser Bemühungen steht aber noch aus.

### Brasilien

In Brasilien weisen de facto fast jeder politische Streitpunkt und fast jede politische Entscheidung Eigentumsaspekte auf. Nur sind diese manchmal auf den ersten Blick nicht erkennbar oder werden nicht unter dem Thema „Eigentum“ abgehandelt. Als Beispiel aus dem brasilianischen Alltag sei hier die Vorschrift genannt, dass Besitzer von Farmen in Amazonien auf 80 Prozent ihrer Fläche den Regenwald bei-



behalten müssen, also nur 20 Prozent landwirtschaftlich nutzen dürfen, was ein massiver Eingriff in Eigentumsrechte unter dem Stichwort „Umweltschutz“ ist.

Eigentum ist ein Querschnittsthema, das sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht.

1. Seitens der Bewohner von Favelas finden immer wieder illegale Landbesetzungen statt, manchmal private, oft öffentliche. Diese Initiativen werden von einer ganzen Allianz von Nutznießern unterstützt. Man spricht deshalb auch von einer „Favela-Industrie“: einige findige Unternehmer, Politiker, Polizisten und Kriminelle leben davon, dass die Favelas wie etwa in Rio de Janeiro immer weiter wachsen. Die Frage ist, ob die illegale Landnahme durch legale Besitztitel im Sinne von Hernando de Soto nicht nachträglich belohnt wird. Brasiliens illegale Landbesetzungen, für die die *Bewegung der Landarbeiter ohne Land* (MST) verantwortlich zeichnet, sind seit vielen Jahren ein ständiger Stein des Anstoßes. Bis heute ist es nicht gelungen, den MST für seine Aktionen haftbar zu machen. Stattdessen erhält der MST über seine Stiftungen und Entwicklungsprojekte nach wie vor Geld aus Regierungskanälen. Die immer wiederkehrenden, willkürlichen Besetzungen von privatem Farmland schaffen im ländlichen Raum ein Klima der Verunsicherung und der Unsicherheit und behindern Investitionen.
2. Ein erheblicher Teil der Probleme im Amazonasgebiet ist auf unklare Eigentumsrechte zurückzuführen. Schätzungen zufolge sind bei bis zu 90 Prozent des Landes in privater Hand die Eigentumsrechte umstritten. Vielfach gibt es mehrere Eigentümer für dasselbe Stück Land, die Besitztitel umfassen das Mehrfache der tatsächlich zur Verfügung stehenden Landfläche. Die Folge ist eine nicht an Nachhaltigkeit orientierte Nutzung von Wald und Boden. Der brasilianische Staat versucht seit Kurzem der Situation durch eine Überprüfung und Neuregistrierung des Landbesitzes in den von der Brandrodung am meisten betroffenen Gebieten zu begegnen. Dazu müssen die Katasterämter reformiert werden.
3. Umstritten sind in Brasilien auch die Besitzrechte von Ausländern, besonders deren Landbesitz. Ausländische institutionelle Anleger z. B. aus China und arabischen Ländern haben in der jüngsten Zeit in Brasilien beträchtliche Ländereien erworben, um Landwirtschaft zu betreiben. Ausländische Philanthropen haben im Amazonasgebiet privat Urwaldland gekauft, wo sie auf eigene Rechnung den Regenwald schützen wollen. Das erregt in der brasilianischen Öffentlichkeit Argwohn und fordert nationalistische Gefühle heraus. Entsprechend wird eine Begrenzung und schärfere Kontrolle ausländischer Grundbesitzer gefordert.
4. Im Fall der sog. „Biopiraterie“ geht es zum einen darum, dass ausländische Anbieter traditionelles Wissen von Indios und sonstigen Gruppen stehlen oder für einen Bagatellbetrag erwerben, die mit Naturstoffen bei der Krankheitsbekämpfung arbeiten. Zum anderen nutzen sie in Brasilien wachsende Pflanzen und Tiere ohne Wissen und Genehmigung der Behörden für eigene Zwecke, also zum Beispiel zur Produktion neuer Arzneimittel oder für die Parfümherstellung. Das Problem ist, dass hier kaum festgestellt werden kann, wer eigentlich der Besitzer des Wissens oder der Pflanze ist, die Ausländer nutzen wollen. Ein einzelner Indio? Ein Stamm? Alle brasilianischen Indios? Oder der Staat? Zwar gehen Studien davon aus, dass bislang die Biopiraterie nur wenige Resultate erzielt hat. Trotzdem bleibt das Thema emotional.
5. Die weit verbreitete Straflosigkeit (*impunidade*) führt dazu, dass der Schutz des privaten Eigentums in Brasilien eher gering ist. Ein häufiges Thema ist die unklare Herkunft des Eigentums z.B. bei Politikern, deren Einkommens- und Besitzmehrung nach Übernahme eines Mandats oder eines Amtes oft in kurzer Zeit sprunghaft steigt. Die Vermutung ist weit verbreitet, dass die Eigentumsmehrung in diesen Fällen auf illegale Praktiken, Bestechlichkeit und auf der gut bezahlten Gewährung von Gefälligkeiten und Vorteilen beruht. Auch Reichen wird vielfach vorgeworfen, dass ihr Eigentum nicht auf eigener Arbeit sondern auf dubiosen Geschäften und Praktiken, oft in Kooperation mit Politikern und



Staatsbediensten beruht. Das trägt zur geringen Legitimität von Eigentum in Brasilien bei.

6. Immer wieder versucht die Regierungspartei PT (Arbeiterpartei), in die Pressefreiheit einzugreifen und damit die Eigentumsrechte von privaten Medienbesitzern infrage zu stellen, um sie zu einer „objektiveren“, das heißt regierungsfreundlicheren Berichterstattung zu bewegen. Regelmäßig tauchen Gesetzentwürfe auf, die mit „sozialer Kontrolle“ der privaten Medien drohen. Die Gründung eines teuren Staatssenders (allerdings bei minimaler Nutzung durch die Öffentlichkeit) war ein weiterer Versuch, die privaten Medien unter Druck zu setzen. Hier zeigt sich im Übrigen besonders deutlich die Bestätigung der These von Murray N. Rothbard aus der Österreichischen Wirtschaftsschule, dass das Eigentumsrecht das wichtigste aller Grundrechte ist, weil de facto die meisten anderen Grundrechte ohne Eigentumsrechte nutzlos sind. Wenn es keine Vielzahl von privaten Medien gibt, gibt es auch keine Pressefreiheit.

#### Behandlung des TS „Freiheit und Eigentum“ in der Projektarbeit 2010/2011 in Brasilien

Viele der aufgezeigten Aspekte des Themas Freiheit und Eigentum sind Gegenstand des von der Stiftung entwickelten Seminars „Freiheit. Eigentum. Rechtsstaat. Liberalismus im Zeitalter des Internets“.

Mit dem Partner *Instituto Millennium* in Rio de Janeiro wurde in Sao Paulo eine Konferenz zum Thema „Meinungsfreiheit“ durchgeführt, die sich gegen Eingriffe der Regierung in die Rechte der privaten Besitzer von Printmedien richtete. Mit dem Partner *Instituto Liberdade* in Porto Alegre wurde im April 2010 eine Veranstaltung zur neuesten Ausgabe des *Property Rights Index* durchgeführt.

**RB Mexico-City** unter Mitarbeit der entsandten Auslandsmitarbeiter **R. Erkens, B. Solinger und C. Lueth**  
 Endredaktion: **U. Wacker und E. Maigler;**  
[mexico@fnst.org](mailto:mexico@fnst.org)

Bildnachweis:

S. 17: © Bernd Thürauf/Pixelio

## Land and Property Rights in Sri Lanka



Land and Property are key factors that contributed to the ethnic conflict in Sri Lanka and play a dominant role in the post war setting. Throughout the years land and property issues have influenced the Sri Lankan political context. They have contributed to ethnic tensions and violence. Land issues have displaced entire communities, resulted in secondary occupation and lead to occupation of land by others including armed actors. This article will briefly comment on the land and property issues in Sri Lanka, especially in the North and East in a post war setting and the need for reform.

#### Constitutional Framework:

Land and property rights in Sri Lanka are extremely contested. The constitutional, legal and policy framework is unclear and ineffectively implemented. The 13th Amendment to the Constitution is yet to be fully implemented resulting in the central government continuing to play a prominent role in relation to land.

The 13th Amendment was introduced to devolve certain powers to Provincial Councils. The following land powers are reserved for the Provincial Councils: rights over land, land tenure, transfer and alienation of land, land use, land settlement and land improvement. However, all state land remains the property of the central government, thus its alienation is done under the seal of the President on the advice of the relevant Provincial Council. This limited devolution of land powers is undermined by the structure of the



13th Amendment that preserves the predominant role of the Central Government. Firstly, the central government retains power to override decisions of the Provincial Councils. Secondly, all projects involving several Provincial Councils come within the purview of the Central Government. Thirdly, Provincial Councils are financially dependent on the Central Government.

There are unconfirmed reports of moves by the Government to change the Provincial Council system and give greater powers to Districts by introducing District Councils and other mechanisms such as Jana Sabhas<sup>1</sup>. One hopes that such changes will be done in an inclusive and transparent manner, in consultation with the communities.

The 13th Amendment also provides for the establishment of a National Land Commission (NLC) which is responsible for formulating National Land Policy. However, to date no NLC has ever been formed, as a result Sri Lanka has neither a mechanism to formulate nor a comprehensive national policy on land.

### Legal and Policy Framework:

The legal framework is archaic and needs reform to take on board issues related to land and property in a post war context. The lack of a comprehensive government policy on land has resulted in confusion over how the government intends to address issues relating to governance, control, ownership, access and disputes over land. Furthermore, confusion over government stance on key land issues has exacerbated ethnic tensions in the region. In addition, the failure to devolve powers to regional actors, especially powers relating to land, has resulted in confusion among government actors as to what their roles are in addressing land issues. In light of these problems, there is an urgent need for law reform and to have a comprehensive national policy on land. The need for reform is urgent, given the current focus on economic development, as use and control of land is a key issue that affects all economic activity.

The Mahinda Chinatana documents of 2005 and 2010 (election manifesto of President Rajapaksa, which is

also the government's main vision document) contain key proposals relating to land. There is specific mention of the Eastern Province by reference to the Nagenahira Navodaya or Eastern Revival Programme. In the 2010 document there is frequent reference to development projects in the Eastern Province. In many of these projects land is a critical factor. However, it is not discussed whether it is state or private land that is to be used for development projects and for providing land to those in need. Although there is mentioning of providing land to soldiers and farmers in this document, there are no further details on the nature of land to be distributed. Such statements raise concerns on future government projects and whether land will be used to introduce new settlements and change ethnic demographics in the North and East of Sri Lanka. Such vagueness creates fear and apprehension among communities who have experienced decades of violence and are uncertain of their future even though the war is over.

### Ground Realities:



Land and property have political and ethnic dimensions, intensifying existing problems and fears among the communities of violence and possible changes to ethnic demographics in the area.

The political dimensions related to land and property need attention. The power struggle between the Central Government and the Provincial Council and the role played by the various levels of actors in local land issues cannot be ignored. In the East, several actors including the Eastern Provincial Council, the Governor, Government Agents and political actors all play significant roles on land and property issues. Similar trends are witnessed in the North, where land and property are sensitive issues at a time where significant numbers of civilians are returning to reclaim their land and property. Several cases have been documented in both areas where High Security Zones (HSZ) and Special Economic Zones (SEZ) have been created, displacing and/or affecting local communities with limited or no information available or any discussion on resti-

<sup>1</sup>A Jana Sabha functions as grassroots level organisation to carry out development activities.





tution or compensation. In most disputes related to land and property in these areas, some form of political intervention or interest has been reported. It is feared that such trends will continue at a time when land and property are becoming increasingly contested and sensitive.

Land is also becoming increasingly ethnicised. Such trends were noted in a recent study published by the Centre for Policy Alternatives (CPA) regarding land in the Eastern Province (May 2010). The study reported that there is an ethnic dimension to land from issuing permits to state land, new initiatives to provide land to those who are landless and the introduction of new settlements. Ethnicisation or at least charges of ethnicisation under the cover of national security and development are made as there is a perception that under these projects the Central Government is planning to facilitate new Sinhala settlements in the North and East, areas consisting predominantly of Tamil speaking people. There is an emerging trend where Sinhala politicians and Buddhist clergy have entered areas and erected new buildings and fenced off land, in the interests of cultural and religious heritage and environmental protection. Such moves have intimidated minorities in the area and created tensions among the different communities, and reinforced minority fears about the use of land to effect demographic change. Furthermore, recent developments with delimitation including the establishment of various entities to explore the issue has raised fears of possible changes to boundaries and exacerbated concern of changes to demographics.

#### Need for Reform:

Although it has been over a year after the end of the war, the problems related to land and property remain. Reports of land grabbing and new settlements, creation of HSZs and SEZs in the North and East, illegal encroachment, attempts to change boundaries and occupation of land by others are some of the problems that are yet to be resolved and provided alternatives by the authorities.

Efforts to resolve land issues were made during the Cease Fire Agreement (CFA) and the post-tsunami period. In the post war context, even after over a year following the end of the war, after two national elec-

tions, and the government enjoying an overwhelming majority in Parliament, no major reforms have been introduced. There are, however, unconfirmed reports of impending constitutional reform including changes to the 13th Amendment.

There is a need for reform. Land needs to be fully devolved as provided by the 13th Amendment to the Constitution and the NLC established immediately. Furthermore, there is a need for a rights based national land policy. Existing legislation needs to be amended and new laws introduced to address issues raised in the post war context. In moving forward with reform, the authorities need to ensure that the communities are involved at all stages and there is broad consultation to bring in change. The process needs to be participatory, transparent and inclusive. Such steps will ensure that any grievances and concerns related to land and property can be addressed, reducing the possibility of future disputes.

The Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) has made a considerable contribution towards promoting property rights in Sri Lanka, working closely with the Centre for Policy Alternatives (CPA). In 2009 a CPA/FNF project on 'Devolution in the Eastern Province of Sri Lanka' was carried out. The outcome of this exhaustive research was a publication launched in 2010. The present government show cased the Eastern province as an example of post-war re-establishment of democracy and devolution in the war torn areas as well as a site of its major development and reconstruction programmes. As land ownership is a crucial issue in the Eastern province, Property Rights came into strong focus in the CPA/FNF publication. Not only the research study, on which the publication is based on, is an honest appraisal of the existing systems and structures, it also addresses the shortcomings and failings with the same honesty. This particular study makes a meaningful contribution to the discourse on political and economic freedom in Sri Lanka.

**Bhavani Fonseka**, Center for Policy Alternatives, Colombo; [www.cpalanka.org](http://www.cpalanka.org)

*Bildnachweise:*

S. 19: © Inessa Podushko/Pixelio

S. 20: © Maren Beler/Pixelio



## Eigentumsrechte in Südost- und Ostasien

Effektive Eigentumsrechte sind eine grundlegende Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen und das Funktionieren der Marktwirtschaft. Trotz aller Erfolge bei der Modernisierung bestehen diesbezüglich nach wie vor signifikante Defizite in den Ländern Asiens. Die folgenden Beiträge beleuchten Projekte zur Stärkung von Eigentumsrechten auf der regionalen Ebene und in einzelnen Ländern (Indonesien und den Philippinen). Auf den EFN Asia Konferenzen diskutieren Politiker, Wissenschaftler, NRO-Mitarbeiter und Vertreter der Zivilgesellschaften miteinander wirtschaftliche und soziale Themen aus einer liberalen Perspektive. In Indonesien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt, hat das Stiftungsbüro anhand einer Filmreihe auf die Probleme von Straßenverkäufern mit großem Erfolg aufmerksam gemacht. Auf den Philippinen fand ein Workshop mit Kommunalpolitikern und Repräsentanten der philippinischen Zivilgesellschaft zum Thema Eigentumsrechte statt.

### Die Region

Asien hat eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte hinter sich. Seit 1990 hat sich das Bruttoinlandsprodukt verdoppelt und mehr als 500 Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit. Die von zahlreichen Politexperten als für Demokratisierung so wichtig erachtete Mittelklasse schwillt stetig an. Pessimisten verweisen allerdings gerne auf den einzigen Wermutstropfen: das Wachstum verschärft die sozialen Disparitäten, daneben bleiben elementare Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft, wie effektive Eigentumsrechte, nach wie vor Desiderate. Häuser

und Unternehmen werden oft auf Land gebaut, das im Besitz der Regierung ist. Wenn Personen nur Gebäude, aber keine Grundstücke besitzen können, dann ist dieses Eigentum nach Hernando de Soto als „totes Kapital“ zu bezeichnen.

Die Legalisierung des „informellen Sektors“, der in den meisten Ländern Asiens einen beträchtlichen Teil der Volkswirtschaften ausmacht, muss ebenso weiterhin angemahnt werden. Der Rechtsstaat kann im informellen Sektor nicht greifen, da dieser per definitionem von staatlicher Seite her gar nicht erfasst ist. Die rechtsstaatlichen Strukturen selbst bedürfen der sachgerechten und zielstrebigem Verwirklichung von Reformen.

Um dem Anspruch, diese Reformanstrengungen zu unterstützen, gerecht zu werden, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Reihe von Projekten aus der Taufe gehoben. Zusätzlich zu den Maßnahmen der einzelnen Länderbüros (siehe unten die Beispiele aus Indonesien und den Philippinen) organisieren wir jährlich auf der regionalen Ebene die Konferenz des *Economic Freedom Network Asia (EFN Asia)*. 2008 lautete das Diskussionsthema „Eigentumsrechte: Das ökonomische Fundament einer freien Gesellschaft“. Mitglieder des Netzwerkes beteiligen sich auch regelmäßig an der Erstellung des *International Property Rights Index*. Darüber hinaus produziert EFN Asia selbst richtungsweisende Studien, die viel Beachtung finden, so z.B. der Bericht „Endowment and Protection of Property Rights of Land against the Backdrop of Urbanization“.



Aus den Studien der vergangenen Jahre lässt sich die Erkenntnis ableiten, dass Asiens Probleme nicht in einem Mangel an Ressourcen begründet liegen, sondern in der ordnungspolitischen Einbettung. Wenn Rechte nicht eindeutig definiert und effektiv geschützt werden, erodiert die Freiheit des Einzelnen – Marktversagen ist die Folge. Die Leistungsbilanz der Staaten Asiens muss in dieser Hinsicht noch verbessert werden.

### Indonesien Eigentumsrechte der Straßenhändler Jakartas



Arief Hasan ist sichtlich verärgert. Seit er vor einigen Jahren in die indonesische Hauptstadt Jakarta kam, kauft er frühmorgens auf dem Großmarkt Blumenkohl und anderes Gemüse, das er anschliessend auf seinem Straßenstand den vorbeieilenden Passanten anbietet. Sicher verdiene er jetzt mehr als früher in seinem Dorf, erklärte er während einer der Gesprächsrunden, die die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Straßenhändlern Jakartas durchführte. Aber als Straßenhändler fühle er sich ungerecht behandelt, weil er, tagein tagaus von morgens bis abends dem Regen und der tropischen Hitze trotzend, einer mißliebigen Stadtverwaltung und einer ganzen Phalanx von Geldeintreibern ausgesetzt sei.

Nach Schätzungen der Regierung gibt es etwa 50 Millionen indonesische Mikrounternehmen mit einem Nettovermögen von weniger als 4.500 Euro. Sie zählen zu den Säulen der indonesischen Wirtschaft und verschaffen Millionen Menschen die Chance zum Ausstieg aus der Armut. Sie sind jedoch in der Regel unregistriert und gehen ihren Geschäften ohne Lizenz nach. Von Straßenhändlern wie Arief soll es allein in Jakarta ungefähr zwei Millionen geben. Mit einigen von ihnen führte die Stiftung Konsultationen durch, um sich über deren Schwierigkeiten zu informieren.

Bis zu siebenmal am Tag kommen Geldeintreiber und verlangen jedesmal etwa 0,10 Euro. Am Ende verliert ein Straßenhändler dadurch etwa ein Drittel oder sogar die Hälfte seines täglichen Umsatzes. Nutznießer dieser Zahlungen sind vor allem mafiöse Verbände, die die gesamte Stadtfläche Jakartas unter ihre territoriale Kontrolle gebracht haben. Sie sind die einzigen, die vor Ort für ein Mindestmaß an Ordnung und Sauberkeit sorgen. Denn die Stadtverwaltung kann mit ihren mangelnden Kapazitäten kaum mithalten und duldet das Wirken der Verbände. Auch die Polizei schreitet nicht ein, gehört sie doch selbst zu denen, die mehrmals am Tag die Hand aufhalten. Razzien sind an der Tagesordnung, aber sie dienen in erster Linie den Erwerbzzwecken der Beamten. Mindestens einmal im Jahr verlieren die Händler ihr gesamtes Kapital, wenn die Polizei zum Idul Fitri Fest am Ende des Ramadan die Stände beschlagnahmt oder an Ort und Stelle zerstört. Gleiches geschieht auch dann, wenn der jährliche kommunale Begrünungswettbewerb läuft, und sich die Stadtteile Jakartas einer hochrangigen Jury von der besten Seite zeigen sollen.

Die Stadtverwaltung befindet sich in einem Dilemma. Die städtische Mittelschicht verlangt von der Stadt die unbehinderte Fahrt auf den Straßen, freie Bürgersteige, erholsame Grünanlagen, im Grunde auch die Trennung von Wohn- und Geschäftsbezirken. Die Straßenhändler stehen jedoch überall im Wege. Sie wollen eben gerade dort sein, wo ihre Kunden zur Mittagszeit essen oder wo sie auf dem Heimweg einkaufen wollen. Gelegentlich bietet man den Händlern Ausweichplätze auf städtisch eingerichteten Märkten, aber die sind den Händlern in der Regel zu abgelegen. Sie haben zudem Mängel. Eine Stiftungskonsultation fand auf einem dieser ungeschickt geplanten Marktplätze in unerträglicher Hitze statt, hier zeigte sich das Versagen staatlichen Planens ohne Einbeziehung der Zielgruppe.

Um den täglichen Kampf der Straßenhändler in den öffentlichen Dialog zu bringen, ließ die Stiftung einige Kurzfilme anfertigen. Das Goethe-Institut führte zu der Zeit gerade ein Trainingsprogramm für indonesische Dokumentarfilmer durch, denen in Absprache mit der Stiftung aufgetragen wurde, quasi zur Übung ein paar Filme über das Leben der Straßenhändler zu drehen. Die Kurzfilmreihe „Geschichten aus Jakarta“, die dabei entstand, kann sich sehen lassen! Selbständige





Müllsammler wurden bei der Ausübung ihres Gewerbes begleitet, Straßenverkäufer wurden gefilmt, wie sie ihre prekäre Lage zu rassistische Vorwürfe verleitet, ein Kind wurde beim Verkauf von Teigtaschen beobachtet. Ein weiterer Film zeigt die Probleme mobiler Straßenhändler mit der Stadtverwaltung. Sie berichten, daß sie mehrere städtische Behörden aufsuchen müssen, wollen sie das bei einer Razzia konfiszierte Eigentum wiedererhalten. Dieser Prozeß ist mit hohem Aufwand verbunden, den die Händler kaum aufbringen können. Ihnen fehlt schlicht auch die Zeit für den Weg zu den abgelegenen Behörden, da sie permanent ihre Produkte oder Dienstleistungen anbieten müssen, um das Nötigste zu verdienen.

Die Filme wurden ein großer Erfolg. Sie fanden professionelle Beachtung auf den Berliner Filmfestspielen, den Dokumentarfilmtagen von Oberhausen, Leipzig und Yogyakarta, beim internationalen Filmfest in Jakarta und auf vielen anderen Festivals. Sie fanden aber auch Eingang in Trainingsveranstaltungen der Stiftung für Studenten, Politiker und Journalisten in Indonesien. Viele waren zunächst der Ansicht, den Straßenhändlern könnte auf einfache Weise geholfen werden. Die Filme zeigen aber, auf wievielen Ebenen die Eigentumsrechte dieser Kleinstunternehmer verletzt werden. Einiges läßt sich durch eine bürgernahe und effizientere Kommunalverwaltung erreichen, andere Probleme bedürfen der Behandlung auf höherer Ebene.

Im zuständigen Ausschuß des nationalen Parlaments versucht man den Kleinstunternehmern vor allem durch ein verbessertes Angebot an Kleinstkrediten, durch ein neues Mikrofinanz-Gesetz, und durch stärkere Bemühungen zur Registrierung und Fortbildung der Unternehmer zu helfen. Dies trug der Ausschußvorsitzende bei einem Rundtisch der Stiftung zur Verbesserung der indonesischen Mittelstandspolitik vor. Er traf im Grunde auf die Zustimmung der teilnehmenden Experten, doch ergänzten Vertreter der Handwerkskammer und der Wettbewerbsbehörde, es ginge auch um freien Marktzugang, der den kleinsten Unternehmern oft verwehrt würde.

Für Straßenhändler wie Arief Hasan sind dies wichtige Dinge, denn er sieht sein Eigentum auf mehrere Weise bedroht. Er benötigt Schutz vor den regelmäßigen Besuchen und Razzien der Mafiagruppen und der Polizei.

Er braucht eine bürgernahe Stadtverwaltung, die die Händler frühzeitig in die Stadtplanung einbindet, statt sie erst mit den Ergebnissen zu konfrontieren. Er braucht einen fairen Marktzugang und Schutz vor restriktiven Geschäftspraktiken der größeren Unternehmen. Und schließlich ist ihm auch durch einen angemessenen Zugang zum Kreditmarkt sowie durch Aus- und Fortbildungsprogramme geholfen. Dies alles kommt nicht nur ihm, sondern der ganzen indonesischen Volkswirtschaft zugute. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist deswegen auch weiterhin bemüht, dies durch ihre Programmarbeit zu unterstützen.

### Philippinen Eigentumsrechte auf den Philippinen – ein Workshopbericht



Eigentum ist nach wie vor ein brisantes politisches Thema auf den Philippinen. Die Alumni-Gruppe der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die Stiftung für Wirtschaftliche Freiheit (FEF) veranstalteten deshalb einen Workshop mit philippinischen Kommunalpolitikern und Vertretern der Zivilgesellschaft im September 2009 in Pasig City. Im Mittelpunkt der Workshop-Diskussionen stand das Thema Eigentumsrechte. Die Teilnehmer erörterten die Gründe für die nutzbringende Wirkung von effektivem Eigentumschutz für die wirtschaftliche Entwicklung der Philippinen.

Dr. Emmanuel de Dios, Dekan der Fakultät für Wirtschaft an der *University of the Philippines*, eröffnete das Seminar mit einem Referat über die Bedeutung von Eigentumsrechten für die Freiheit und das Wohlergehen des Einzelnen. Darüber hinaus hänge nichts Geringeres als der gesamtgesellschaftliche Fortschritt





von diesen Rechten ab, deren effektiver Schutz eines funktionierenden Staates bedarf, so de Dios in seinen Ausführungen. Der Wirtschaftsexperte konzidierte allerdings, dass die Beziehung zwischen Individuum und Staat ein Spannungsverhältnis darstellt. Ein Staat, der über ein ausreichendes Maß an Effektivität verfügt, ist demnach auch in der Lage, eine Umverteilung der Besitzverhältnisse herbeizuführen.



Auf den Philippinen stellt sich das Problem in der Form eines schwachen und ineffizienten Staates dar. Der Schutz von Eigentum ist unzureichend, da es dem

Staat an entsprechenden Kompetenzen fehlt. Dr. Arturo Corpuz, Vize-Präsident von *Ayala Land*, einer großen Baufirma, und zuständig für städtische und ländliche Entwicklung, erklärte, dass die Probleme seines Unternehmens vielgestaltig seien. Die Klärung von Eigentümerschaftsfragen, die Besorgung von staatlichen Dokumenten und andere bürokratische Hürden seien mühsam und zeitraubend.

Von all den Schwierigkeiten, denen man auf den Philippinen in Bezug auf Eigentum gegenübersteht, sind der Erwerb und Besitz von Land die größten Herausforderungen für die Mehrheit der Filipinos. Aus eben diesem Grund hätte die philippinische Regierung das Projekt „Verwaltung und Management von Landbesitz“ (Land Administration and Management Project) aus der Taufe gehoben, führte der stellvertretende Vorsitzende des Projektes, Manuel Gerochi, aus. Inspiriert von der Arbeit des peruanischen Ökonomen Hernando de Soto, sei das Projekt auf eine Periode von 15 bis 20 Jahren ausgelegt, während derer durch die Absicherung von Bodenbesitz Armut reduziert und nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden sollen. Das Ziel, so Gerochi weiter, sei die Schaffung von effizienten Grundstücksmärkten im städtischen und ländlichen Raum.

Christine Lao, Expertin für Rechtsfragen der *Asian Development Bank*, unterstrich die Bedeutung von rechtsstaatlichen Strukturen für den effektiven Schutz von Eigentum. Ein funktionierender bürokratischer Apparat würde nicht ausreichen, um Eigentum effek-

tiv zu schützen. Vielmehr bedürfe es auch unabhängiger Rechtssprechung, welche den Rechten des Individuums Geltung verschafft und somit als Instrument der Freiheit fungiert.

Gemäß dem Vorsitzenden der FEF, Dr. Felipe Medalla, stellte die Schwäche des Rechtsstaates einen der ursächlichen Faktoren der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dar. Er hielt fest, dass Korruption im amerikanischen Finanzsystem und regulatorische Fehler zur weltwirtschaftlichen Eintrübung führten. Somit sei nicht der freie Markt für die Krise verantwortlich zu machen und die Interpretation der Krise als Niederlage des Liberalismus zurückzuweisen. Allerdings sei sie die Folge eines wohlfeilen Glaubens an die Stabilität von Märkten, der grundlegende ordnungspolitische Elemente vernachlässige. Dr. Medalla schloss seine Ausführungen mit der Aussage ab, dass ein effizienter Rechtsstaat unabdingbare Voraussetzung für freie und kompetitive Märkte sei. Die Gefahr bestehe in der Über- und Fehlregulierung von Märkten durch Regierungen.

Eigentumsrechte sind mehr als nur die Berechtigung zum Erwerb und Besitz von Grundstücken oder Immobilien. Bienvenido Oplas Jr., Präsident des Think Tanks *Minimal Government Thinkers*, erklärte in diesem Sinne, dass Eigentumsrechte auch intellektuelles Eigentum und die Produkte von Handarbeit umfassten.

Im Anschluss an diese Ausführungen diskutierten die Workshop-Teilnehmer in kleinen Runden weiter. Sie beleuchteten dabei die moralischen und wirtschaftlich legiti-



men Aspekte von Eigentum. Mögliche Formen der praktischen Umsetzung der im Workshop erworbenen Kenntnisse waren ebenso Gegenstand der Diskussionen. „Der Workshop bot den Teilnehmern die Möglichkeit, ihr Verständnis von Eigentumsrechten im philippinischen Kontext zu vertiefen und Einblicke in die vielfältigen Wege zu gewinnen, auf denen Kommunalpolitik etwas bewirken kann“, resümierte Siegfried Herzog, damaliger Projektleiter der Stiftung für die Philippinen.



## Zusammenfassung

Der Schutz von Eigentumsrechten ist ein weites und wichtiges Feld der Stiftungsarbeit in Asien. Wie die Beiträge oben gezeigt haben, verfügen wir vor Ort über ein vielfältiges Instrumentarium zur Stärkung von Reformdiskursen und ein dichtes Netzwerk an Kontakten zu wichtigen Entscheidungsträgern und Meinungsmachern in der Region. Die Stiftung ist also für die Zukunft bestens aufgestellt. Das ist auch gut so, denn die Nachfrage nach Informationsweitergabe und Fertigkeitenschulungen dürften in dem Maße steigen, wie Asiens Volkswirtschaften wachsen und seine Gesellschaften sich zunehmend ausdifferenzieren. China, Japan, Indien, Taiwan, Südkorea, Indonesien, Thailand, Malaysia und Vietnam stellen schon heute herausragende Lokomotiven der globalisierten Wirtschaft dar. Mit der zunehmenden Modernisierung dieser Länder wächst der Reformdruck in Richtung Rechtsstaat und freie Marktwirtschaft. Gleichwohl wohnt diesem Prozess keine zwangsläufige Teleologie inne. Politische und wirtschaftliche Freiheit muss auch in Asien erkämpft und gegen Partikularinteressen verteidigt werden. Denn „Freiheit überlebt nur als tätige Freiheit“ (Dahrendorf). Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird auch weiterhin daran arbeiten, diese Reformprozesse unterstützend zu begleiten und dem nutzbringenden Prinzip des Liberalismus Geltung zu verschaffen.



Rainer Heufers, Projektleiter Indonesien;  
[rainer.heufers@fnst.org](mailto:rainer.heufers@fnst.org)

## Neue Datenbank— Liberaler Think Tanks im In- und Ausland



Freiheit braucht Engagement, Information und Vernetzung. Weltweit haben sich unzählige Organisationen und Denkfabriken die Freiheit auf die Fahne geschrieben. Sie stellen Informationen über die Gewährleistung bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit in ihren Ländern zur Verfügung, verbinden Menschen, die sich dem Freiheitsideal verschrieben haben, und bieten ihnen institutionelle und finanzielle Unterstützung.

Wir bieten Ihnen mit unserer Think-Tank-Datenbank einen Überblick über die wichtigsten Denkfabriken des Liberalismus, damit auch Sie auf der Suche nach Freiheit immer bei der richtigen Adresse landen.

<http://crm.freiheit.org/ThinkTank/>

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)



## Ausgewählte Publikationen



### Eigentum—Grundprinzipien und Denkanstöße *Sascha Tamm, 2009*

Die Zukunft von Freiheit und Wohlstand hängt davon ab, wie effektiv das private Eigentum geschützt wird. Bei aller Unterschiedlichkeit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes und der institutionellen Voraussetzungen gilt diese Aussage überall auf der Welt. Ziel des Autors Sascha Tamm ist es, mit dieser Schrift diese Aussage zu stärken und dabei in die Thematik der Eigentumsrechte einzuführen.

[http://www.freiheit.org/files/152/23-eigentum-Tamm\\_web.pdf](http://www.freiheit.org/files/152/23-eigentum-Tamm_web.pdf)



### Aspekte des Wohneigentums *Kerstin Funk (Hrsg.), 2009*

Wohneigentum ist eine besondere Form des Eigentums. Viele Menschen in Deutschland und anderen Ländern streben nach dieser Form des Eigentums. Der vorliegende Sammelband beleuchtet verschiedene Aspekte des Wohneigentums. Er beschränkt sich dabei nicht nur auf die Situation in Deutschland, sondern schaut auch über den Tellerrand hinaus und stellt dar, wie die Wohnungspolitik in anderen europäischen Ländern gestaltet ist.

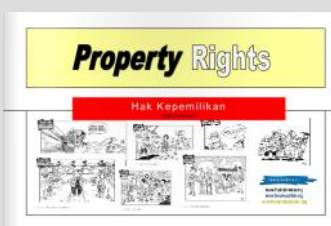
[http://www.freiheit.org/files/152/25\\_wohneigentum-KF\\_0408\\_web.pdf](http://www.freiheit.org/files/152/25_wohneigentum-KF_0408_web.pdf)



### Liberalism, liberal policy and private property *Stefan Melnik, 2009*

Der Autor trägt in diesem Papier die Grundsätze, die das Fundament der Institution des Privateigentums bilden, zusammen. Dabei spielt das Verhältnis von Eigentum zu anderen Aspekten einer liberalen Gesellschaft (wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie) einen wesentlichen Baustein. Der Politikberater Stefan Melnik führt aus, warum Privateigentum so wichtig ist, und warum wir uns zu ihrem Schutz und ihrer Umsetzung verpflichtet fühlen müssen.

[http://www.freiheit.org/files/152/ELF\\_Melnik\\_36\\_4S\\_print\\_K.pdf](http://www.freiheit.org/files/152/ELF_Melnik_36_4S_print_K.pdf)



### Photo Book: Property Rights *EFN Asia, 2009*

[http://www.efnasia.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=136:photo-book-property-rights&catid=3:publication&Itemid=6](http://www.efnasia.org/index.php?option=com_content&view=article&id=136:photo-book-property-rights&catid=3:publication&Itemid=6)



## Online-Papiere aus dem Bereich Internationale Politik

	<p><b>Politische Berichte aus aktuellem Anlass</b></p> <p>N° 67/10 Thailand: Auflösung der Regierungspartei abgelehnt – Regierungskrise nicht gelöst</p> <p>N° 66/10 Süd-Asien: India-Pakistan Economic Relations</p> <p>N° 65/10 Ägypten: Erdrutschsieg mit vielen Mängeln</p> <p>N° 64/10 Tansania: Regierungspartei nicht so fest im Sattel wie früher</p> <p>N° 63/10 Moldau: Wahlen bestätigen das bisherige Kräfteverhältnis</p> <p>Download unter: <a href="http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-415/i.html">http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-415/i.html</a></p>
	<p><b>Policy Papers der Regionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäische Institutionen und Nordamerika</li> <li>- Lateinamerika</li> <li>- Mittelmeerraum</li> <li>- Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien</li> <li>- Südost- und Ostasien</li> <li>- Subsahara Afrika</li> <li>- Südasien</li> </ul> <p>Download unter: <a href="http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-413/i.html">http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-413/i.html</a></p>
	<p><b>Hintergrundpapiere</b></p> <p>Nr. 22/2010 Außen- und Sicherheitspolitik in Asien – Der Pentagonbericht zur militärischen Entwicklung der Volksrepublik China</p> <p>Nr. 21/2010 The pitfalls of addressing historic racial injustice: An assessment of South Africa's Black Economic Empowerment (BEE) policies</p> <p>Nr. 20/2010 Myanmar—Die Parlamentswahlen in 2010</p> <p>Download unter: <a href="http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-414/i.html">http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-414/i.html</a></p>

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Str. 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

Redaktion: Johannes Issmer, Rainer Willert  
E-Mail: [politikanalyse@freiheit.org](mailto:politikanalyse@freiheit.org)

Telefon: +49(331) 7019-520  
Fax: +49(331) 7019-132/133

Weitere Publikationen aus dem Bereich Internationale Politik der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit finden Sie unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)